

„Bochum – Perspektiven von hier“

Entwurf, dem die Parteigremien zustimmen müssen

Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Koalition im Rat der Stadt Bochum für die Jahre 2020 bis 2025

zwischen

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD Bochum**



und

**Bündnis 90 / Die Grünen
Kreisverband Bochum und Wattenscheid**



Inhaltsverzeichnis

Kapitel	Seite
Perspektiven von hier	3
Arbeit	6
Wirtschaft	7
Digitalisierung	8
Gleichstellung	9
Strukturentwicklung und Planung	10
Klima, Umwelt und Natur	12
Mobilität	14
Wohnen und Quartiere	16
Sicherheit und Ordnung	18
Bürgerbeteiligung	19
Soziale Teilhabe	20
Gesundheit	22
Kinder und Jugendliche	23
Bildung	26
Leben im Alter	28
Flucht, Migration und Integration	30
Inklusion	31
Kunst und Kultur	32
Sport	34
Organisatorisches	35

Perspektiven von hier

Die Bochumer Wähler*innen haben am 13. September 2020 SPD und Grünen ein Zeugnis ausgestellt. Ein sehr gutes Zeugnis, für das wir uns herzlich bedanken. Es bestärkt uns darin, Bochum verantwortungsvoll und im Sinne aller Bürger*innen in den kommenden fünf Jahren politisch zu führen. Wir wollen auch diejenigen überzeugen, die uns am 13. September 2020 nicht gewählt haben oder der Wahl ferngeblieben sind.

Wir stehen gemeinsam ein für Demokratie und Teilhabe, Emanzipation und Gerechtigkeit, Respekt und Vielfalt in unserer Stadtgesellschaft. Rassismus werden wir bekämpfen. Wir wollen diese Haltung im Rat der Stadt Bochum vorleben und unsere politischen Ziele daran ausrichten.

Ein Rückblick auf die bislang geleistete Arbeit in unserer Koalition belegt: Bochum kann Wandel zum Besseren. Jeder Mensch ist einzigartig und gleich wichtig in unserer Gemeinschaft. Die Bochumer*inne sind direkt und sagen was sie bewegt. Sie erwarten, dass ihre Stadt funktioniert und ihnen gute Chancen für ihren persönlichen Lebensweg bietet. Daran richten wir unsere konkrete Politik auch zukünftig aus.

Bochum durch die kommenden fünf Jahre zu führen heißt, mit den Folgen der Coronapandemie umzugehen, ihre negativen Auswirkungen abzufangen und aus ihr die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Dazu zählt alles zu unternehmen, um den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu stabilisieren, das Bildungswesen zu reformieren und unsere Wirtschaft nachhaltig auszurichten. Wir arbeiten daran, dass unsere Stadt gestärkt aus dieser Krise hervorgeht und erwarten von Bund und Land, ebenfalls mit Hochdruck daran zu arbeiten.

Wir nehmen selbstbewusst die uns gestellten Aufgaben an und sind uns unserer Verantwortung bewusst: im Stadtrat für die Gesamtstadt, in den stark vor Ort verwurzelten Bezirksvertretungen und mit dem Oberbürgermeister in der Verwaltung.

Unser Appell lautet: Unterstützen Sie uns, bringen Sie sich ein, gestalten Sie mit uns gemeinsam den Wandel, der unsere Stadt zur Stadt der Möglichkeiten macht.

Bochum in das Jahr 2025 zu führen heißt für uns im Besonderen:

- Wir stehen für eine solidarische Stadtgesellschaft, die offen, frei und sicher ist. Wir stellen uns gegen rechte Propaganda und Extremismus. Einem gesellschaftlichen Auseinanderdriften werden wir uns massiv entgegenstellen. Wir setzen uns ein für soziale Verlässlichkeit und Zusammenhalt. Wir unterstützen eine moderne, zukunftsorientierte Wirtschaftsentwicklung, die für Vielfalt, Leistungsfähigkeit, gute Arbeit und neue Möglichkeiten sorgt und im ständigen Dia-

log mit Handwerk und Handel, Gewerbe und Start-Ups, Dienstleistung und Industrie arbeitet. Bochum soll eine Stadt der guten Ausbildung und zukunftsfähigen Jobs sein.

- Wir entwickeln ein klimaresilientes Bochum. Unser Handeln schützt die vorhandenen Ressourcen, setzt auf Nachhaltigkeit und soll sich klimaneutral auswirken. Wir entwickeln ein umweltgerechtes Bochum. Lärminderung und gute Luftqualität sind elementar für die Bewohner*innen dieser Stadt. Unsere Stadtentwicklungs- und Mobilitätspolitik richtet sich an den mit den Bürger*innen entwickelten Leitbildern und Zielvorstellungen aus. Wir entwickeln das mobile Bochum weiter. Dabei stärken wir den Umweltverbund und sorgen für eine Mobilität die zuverlässig, bezahlbar und vernetzt funktioniert.
- Wir streben ein Bochum für alle Generationen an. In Bochum kann man gut aufwachsen, lernen, arbeiten oder den Ruhestand genießen. In jeder Lebensphase, auch wenn darin Probleme auftreten, wollen wir die jeweils richtigen Angebote und Hilfen zur Verfügung stellen.
- Die gleiche Teilhabe aller Menschen an unserem reichhaltigen Stadtleben wollen wir stets im Auge haben. Inklusion und Integration erfordern ein aktives Mitwirken aller Beteiligten.
- Wir stehen für eine lebendige Stadt in der Kultur, Sport, Spiel, Tourismus, Freizeit und Erholung mit Erlebnis, Gastfreundlichkeit und Internationalität in Verbindung stehen.
- Mit integrierten Stadtentwicklungskonzepten verfügen wir über Instrumente zur Erneuerung und Stärkung von Quartieren und Stadtteilen. Wir werden kein Quartier und keinen Stadtteil im Stich lassen.
- Wir bauen die Bürgerbeteiligung aus und suchen den Meinungsaustausch mit allen Bürger*innen in dieser Stadt. Wir wollen unser Handeln, transparent und im Dialog anlegen.
- Wir bekennen uns zur kommunalen Selbstverwaltung und einer leistungsfähigen Verwaltung. Diese muss für die Menschen in Bochum persönlich leicht erreichbar sein - analog und digital. Die städtischen Mitarbeiter*innen müssen hierfür motivierende Arbeitsbedingungen vorfinden.
- Wir stehen zu unseren städtischen Beteiligungsunternehmen. Die kommunale Daseinsvorsorge bei der Energie- und Wasserversorgung, der Abfallentsorgung, im öffentlichen Personennahverkehr, in der Wohnungswirtschaft und in vielen weiteren Bereichen ist für uns auf die zukünftigen Belange unserer Stadt auszurichten. Wir wollen damit Verlässlichkeit, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit für die Menschen in Bochum sicherstellen.
- Wir nutzen die großen Potenziale als internationaler Wissenschafts- und Hochschulstandort, um darüber Ideen, Innovationen und Gründergeist zu fördern.

„Bochum – Perspektiven von hier“

Wir sind Universitätsstadt und einer der größten und vielfältigsten Hochschulstandorte mit zehntausenden jungen Menschen. Dies soll in unserem städtischen Alltag noch spürbarer werden.

- Bochums vielfältige und internationale Bevölkerung sehen wir im Herzen Europas lebend. Unsere Städtepartnerschaften wollen wir leben und fördern.
- Wir stehen für eine Stadt, in der sich jede*r frei und sicher fühlt. Mit starker Polizeipräsenz, wo es nötig ist, und einer bürgernahen Ordnungspartnerschaft im gesamten Stadtgebiet.
- Wir arbeiten an einer digitalen und technischen Infrastruktur, die diese Stadt dringend benötigt. Wir setzen gleichermaßen auf technische Innovationen und einen nachhaltigen Ressourceneinsatz.
- Wir bekennen uns zur Bochum Strategie und werden diese weiterentwickeln. Wir wollen die beschlossenen Kernaktivitäten in ihrer Alltagsentwicklung stärken und die Strategie mit neuen Kernaktivitäten weiter profilieren.
- Wir bekennen uns zur Arbeit der Bezirksvertretungen in den Stadtbezirken und wollen die bezirklichen Handlungsfelder ausbauen und weitere Finanzmittel bereitstellen.
- Unsere Haushaltspolitik besteht aus dem Dreiklang Ausgleich, Verlässlichkeit, Investitionskraft. Um eine seriöse Haushaltswirtschaft sicherzustellen, werden wir unsere Haushaltsbeschlüsse daran orientieren, dass jede Forderung eine entsprechende Gegenfinanzierung enthält. Wir kämpfen weiter für eine ausreichende kommunale Finanzierung durch Bund und Land und bleiben in der Altschuldenfrage hartnäckig.
- Wir erwarten von Bund und Land, dass die Corona-Strukturhilfen über den Zeitraum 2021 fortgesetzt werden, damit unsere in der Vergangenheit erarbeiteten finanziellen Handlungsspielräume aktiv für die weitere Stadtentwicklung genutzt werden können.

Wir sind überzeugt, unsere Ziele gemeinsam Schritt für Schritt umsetzen zu können.

Arbeit

Unser Ziel ist es, langzeitarbeitslose Menschen durch eine aktive Beschäftigungspolitik sozial und beruflich zu integrieren. Mit dem Teilhabechancengesetz verfügen wir über ein wirksames Instrument für einen sozialen Arbeitsmarkt. Für seine Umsetzung haben wir die Bochumer Beschäftigungsförderungsgesellschaft gGmbH gegründet.

- SPD und Grüne wollen, dass die Bochumer Beschäftigungsförderungsgesellschaft gGmbH die Anzahl der Beschäftigungsmöglichkeiten innerhalb der Stadtverwaltung erhöht. Wir wollen, dass befähigte Beschäftigte nach erfolgreichem Abschluss der Maßnahme nach Teilhabechancengesetz - bei der Stadt und bei städtischen Tochtergesellschaften – bei Stellenbedarfen möglichst präferiert berücksichtigt werden. Die Gesellschaft soll mittelfristig - gemeinsam mit dem Kooperationsverbund der Bochumer Träger - über die Umsetzung des Teilhabechancengesetzes hinaus aktiv werden. Sie soll weitere Maßnahmen zur beruflichen Orientierung, Aktivierung und Qualifizierung entwickeln und die Vermittlung in Ausbildung und Arbeit für Menschen in schwierigen Lebenslagen unterstützen.
- Jobcenter und Bundesagentur für Arbeit sind wichtige Akteure und Partnerinnen für den Bochumer Arbeitsmarkt. Gemeinsam mit ihnen werden wir vor allem die Ausbildungssituation im Blick behalten, insbesondere vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie. Über die Trägerversammlung werden wir Themenschwerpunkte für das Arbeitsmarktprogramm des Jobcenters einbringen.
- Wir erwarten vom Jobcenter, dass es weiterhin Langzeitarbeitslose durch das eigene Gesundheitsteam aktiv unterstützt; dass es das Kundenreaktionsmanagement beibehält; dass es zurückhaltend wie bisher mit Sanktionen für SGB II Empfänger*innen umgeht und weiterhin alle Ermessensspielräume ausschöpft.
- Gerade vor dem Hintergrund beunruhigender Äußerungen der Landesregierung, die möglicherweise die Förderung der Erwerbslosenberatung und der Arbeitslosenzentren einstellen wird, setzen wir uns für den Erhalt einer unabhängigen Erwerbslosenberatungsstelle in Bochum ein. Als niederschwellige Anlaufstelle ermöglicht sie es, dass arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen sich über ihre Rechte und weitere Hilfsangebote informieren können.

Wirtschaft

SPD und Grüne werden die weitere Ansiedlung von zukunftsorientierten und nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen fördern. Dadurch soll der Wirtschaftsstandort Bochum zukunftsfähig und für Investoren interessant bleiben. Insbesondere Start-Ups werden weiterhin unterstützt. Die WEG ist dabei ein verlässlicher Dienstleister und zentraler Ansprechpartner.

Gleiches gilt für die bereits in unserer Stadt ansässigen Unternehmen, deren Bestand wir sichern wollen.

Zusammen mit der IHK Mittleres Ruhrgebiet, der Kreishandwerkerschaft, den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden soll die kommunale Wirtschaftsförderung die Digitalisierung bestehender kleiner und mittelständischer Unternehmen begleiten und bei der Entwicklung innovativer Konzepte unterstützen.

- SPD und Grüne stehen für eine kontinuierliche aber nachhaltige Entwicklung von Gewerbeflächen. Wir werden dabei dem Ausbau und der Aktivierung von bereits vorhandenen Flächen stets den Vorzug geben. Nur, wo es notwendig ist, sind ausnahmsweise neue Gewerbeflächen auszuweisen. Dabei orientieren wir uns an den Beschlüssen zum Regionalplan RUHR und den damit verbundenen Zielrichtungen.
- Die Koalition will sich für die Stärkung der urbanen Produktion, insbesondere in der Innenstadt, einsetzen. Leerstände im Einzelhandel können durch neue Nutzungsangebote und neue Wertschöpfungen reduziert werden. Diese können innovativen Gründer*innen, auch aus dem Einzelhandel und der Gastronomie, für einen befristeten Zeitraum Experimentierräume bieten. Erste Grundlagenbeschlüsse haben wir dazu bereits mit dem ISEK Innenstadt auf den Weg gebracht.
- Bestehende Onlineplattformen, mit denen sich die lokale Wirtschaft präsentieren kann, sollen unterstützt und weiter professionalisiert werden.
- SPD und Grüne wollen Unternehmen, die zur Erreichung von Sozial- und Klimazielen beitragen, besonders fördern. Bei der WEG soll ein Kompetenzzentrum Unternehmen der Green Economy und soziale Start-Ups besonders beraten und Fördermöglichkeiten sowie Partner möglicher Risikofonds suchen.
- Die Gemeinwohlorientierung der kommunalen Unternehmen soll in einer Gemeinwohlbilanz deutlich werden. Geprüft werden soll, ab wann dies in den kommenden Jahren für die Stadtwerke Bochum GmbH und der VBW Bauen und Wohnen GmbH realisiert werden kann.
- Wir stehen für eine leistungsfähige und bürgerorientierte Daseinsvorsorge durch kommunale Unternehmen. Leistungen wie die Energieversorgung, Wasser, Abfallentsorgung und ÖPNV gehören zum Kernbestand kommunaler

Selbstverwaltung. Auch die VBW leistet mit ihren Wohnungen einen wichtigen Beitrag zur kommunalen Daseinsvorsorge.

- Im Mittelpunkt der kommunalen Unternehmen stehen für uns die Bürger*innen. Verbundenheit mit der Stadt, dem Gemeinwohl verpflichtet. Die städtischen Unternehmen erfüllen wichtige Aufgaben im gesellschaftspolitischen Kontext. Sie sind wichtige Dienstleister*innen und sichern tarifgebundene Arbeitsplätze.
- Wir setzen uns für eine Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit kommunaler Unternehmen ein, was jedoch nicht dazu führen darf, dass ihre sozialen Verpflichtungen, z.B. in der Preisgestaltung, außer Acht gelassen werden.

Digitalisierung

Digitalisierung ist ein Querschnittsthema in der gesamten Stadtgesellschaft. Modernes Stadtmanagement muss digital, bürgerfreundlich und leistungsfähig sein.

SPD und Grüne werden die Entwicklung und den Ausbau von digitalen Dienstleistungen der Verwaltung nachdrücklich unterstützen. Dabei kommt dem Schutz der persönlichen Daten unserer Bürger*innen besondere Bedeutung zu.

Bochum ist auf dem besten Weg zur Smart City. Die Schaffung einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur kann nur durch einen flächendeckenden Breitbandausbau ermöglicht werden. SPD und Grüne setzen sich dafür ein, dass alle technologischen Voraussetzungen für ein leistungsfähiges Internet, inklusive 5G-Nutzung, geschaffen werden.

Neben bereits erfolgreichen Maßnahmen wie freiem WLAN in Bus und Bahn, dem Bürgerservice-Portal, dem Kita-Portal, der App „Bürgerecho“ und LORAWAN der Stadtwerke, müssen weitere innovative Services für die Bürger*innen geschaffen werden.

Die Koalition verfolgt das Ziel einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung auch nutzen, um Ressourcen zu sparen und nachhaltiger zu wirtschaften. Dazu gehört u.a. die digitale Parkplatzsuche, Verkehrslenkung, Abfallsteuerung, Luftreinhaltung sowie Energiegewinnung und -nutzung.

Wir wollen auf Basis der bisherigen Konzepte im Bereich "Digitalisierung" eine gemeinsame Digitalisierungsstrategie für die Stadt Bochum und ihre Eigenbetriebe und Gesellschaften entwickeln.

- SPD und Grüne setzen sich für eine nachhaltige Stärkung der „Digitalen Souveränität“ ein. Digitale Souveränität ist ein europaweites Thema und muss im Zusammenhang mit unterschiedlichen Akteuren und Technologien betrachtet werden. Die Stadt, ihre Eigenbetriebe und Gesellschaften müssen eigene Kompetenzen und Handlungsfähigkeiten aufbauen. Zentrale Infrastrukturen und Daten sollten nicht an private Unternehmen ausgelagert werden. Die Koalition wird prüfen, wo sich die Sicherheit durch die Verwendung von freier Software (Open-Source) weiter erhöhen lässt.

- Die Datenhoheit muss auch bei Zusammenarbeit mit Dienstleistenden immer bei der Stadt bzw. ihren Töchtern liegen. Personenbezogene Daten werden wir nicht auf Servern außerhalb der Europäischen Union speichern lassen. Personenbezogene Daten sind nur dort zu erheben, wo dies zwingend erforderlich ist. Auch dann werden sie so sparsam wie möglich erhoben.
- SPD und Grüne treiben die Digitalisierung der Verwaltung weiter voran. Dabei werden auch die Beschäftigten der Stadt aktiv an diesem Veränderungsprozess beteiligt. Dazu gehört die Förderung von qualifiziertem Fachpersonal.
- Bochum soll Vorreiter beim E-Government werden. Die Bürger*innen können künftig mehr städtische Dienstleistungen bequem online in Anspruch nehmen.
- Auch die Dienste der städtischen Töchter sollen in das Bürgerservice-Portal eingebunden werden.
- Wir werden Open Data und Open Government in Bochum weiter voranbringen. Die Nutzung dieser öffentlichen Daten soll durch Veranstaltungen wie „Hackdays“ in Kooperation u.a. mit Bochumer Hochschulen unterstützt werden.
- Es ist zu prüfen, ob und wie eine Bürgerbeteiligungsplattform mit Umfrage- und Diskussionsmöglichkeiten eingerichtet werden kann.
- Wir werden freies, öffentliches WLAN in Bochum weiter ausbauen. Wir streben die Versorgung aller Neben- und Stadtteilzentren an, möglichst in Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen.
- SPD und Grüne wollen den Breitbandausbau in unserer „Gigabit City“ weiter vorantreiben. Wir wollen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den Abdeckungsgrad für FTTH/B („fibre to the home/building“, mit anderen Worten Glasfaser bis zum Kunden/Gebäude) zu erhöhen.

Gleichstellung

Zahlreiche Arbeits- und Lebensbereiche sind nach wie vor von einer geschlechterspezifischen Verteilung von Chancen, Teilhabe und Mitwirkung geprägt und zwar zum Nachteil der Frauen. Bis zu einer tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern sind weiterhin Benachteiligungen abzubauen und Frauen zu fördern.

- Wir müssen in der schwierigen Situation von Alleinerziehenden, die zum ganz überwiegenden Teil Frauen sind, für Erleichterungen und gezielte Unterstützungsangebote sorgen. Das betrifft den Arbeitsplatz ebenso wie die Betreuung der Kinder, beides muss leichter miteinander vereinbar sein.
- Die Führungspositionen in den Leitungen und Aufsichtsräten der städtischen Gesellschaften und Beteiligungen sind überwiegend männlich dominiert. Um

hier ein ausgewogeneres Bild zu erhalten, müssen Quoten vorgegeben werden mit dem Ziel einer paritätischen Besetzung.

- Das Prinzip des Gender Mainstreaming gilt für alle Beschlüsse und Maßnahmen innerhalb der Verwaltung. Anzugeben ist unter anderem, inwieweit eine Entscheidung sich auf Frauen und Männer auswirkt, ob Frauen im täglichen Leben anders betroffen werden als Männer, in welcher Weise eine geplante Maßnahme die besonderen Lebenslagen von Frauen oder Männern verändert.
- Die Corona-Pandemie hat Frauen vielfach wieder in alte Rollenverteilungen zurückgeworfen. Es gilt, die Benachteiligungen in dieser Situation aufzuarbeiten und in Zukunft zu verhindern.
- „Die professionelle, meist unterbezahlte Sorgearbeit („Care“) also alle Arbeit rund um Pflege, Erziehung, Fürsorge und Haushalt wird überwiegend von Frauen geleistet (in Deutschland zu über 80%, weltweit zu zwei Dritteln). (...) Auch die private, unbezahlte Sorgearbeit (...) wird überwiegend von Frauen geleistet.“ So steht es im Manifest der Initiative Equal Care Day. Wir wollen auch in Bochum auf dieses Thema aufmerksam machen und mit Projekten und Aktionen die unfaire Verteilung von Sorgearbeit stärker ins Bewusstsein rücken.
- Den Zuständigkeitsbereich des bisherigen Frauenbeirats wollen wir ausweiten. Er soll sich zukünftig mit allen Themen befassen, bei denen in besonderer Weise Handlungsbedarf in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit und Antidiskriminierung besteht. Dies soll sich auch im neuen Namen widerspiegeln: „Beirat für Frauen, Geschlechtergerechtigkeit und Emanzipation“.

•

Strukturentwicklung und Planung

Mit der „Bochum Strategie“ verfügt die Stadt über Zielbilder für die kommenden Jahre. Als Großstadt mit Lebensgefühl streben SPD und Grüne eine fortschrittliche und nachhaltige Stadtentwicklung für die Menschen dieser Stadt an.

- SPD und Grüne fördern weiterhin die Umsetzung der Integrierten Stadtentwicklungskonzepte (ISEK) und der damit verbundenen Quartiersarbeit. Aber auch die Stadtteilzentren müssen weiterhin gestärkt werden.
- Im Rahmen des ISEK Innenstadt wollen wir den Appolonia-Pfaus-Park mindestens in gleicher Größe erhalten und für die Musikschule eine gemeinwohlorientierte Lösung finden, z.B. in Form eines „Ermöglichungshauses“.
- Wir wollen prüfen, wie wir mit zügigen und effektiven Maßnahmen gegen den Klima-Hotspot Innenstadt angehen können, z.B. durch Anreize für Dach- und Fassadenbegrünung an und auf Bestandsgebäuden.
- Grund und Boden sind nicht beliebig vermehrbar. Die Koalition hat das Bestreben nach einer nachhaltigen Bodenpolitik und einem schonenden Umgang mit Flächen für alle Generationen, alle Lebensanlässe und alle Wohnbedürfnisse. Regelinstrument dafür ist die Vorrangprüfung für Erbbaurechte. Den Einsatz

weiterer vertraglicher Instrument wie Vor- und Rückkaufsrechte wollen wir prüfen.. SPD und Grüne wollen die Schaffung von Wohnraum durch Erbbaurechte verstärken. Die Inanspruchnahme eines Erbbaurechts ist eine Alternative zum Kauf eines Grundstücks.

- Bei Bauten außerhalb des Geltungsbereichs von Bebauungsplänen ist eine nachhaltige und gesunde Bebauung erstrebenswert. Daher soll geprüft werden, inwieweit ökologische Vorgaben in das Baugenehmigungsverfahren Einzug halten und Neuversiegelungen minimiert werden können.
- Klimaverträgliche und nachhaltige Baustoffe und Bauweisen sind stärker zu berücksichtigen. Wo immer möglich sollen größere öffentliche Bauvorhaben einer Lebenszyklusbetrachtung unterzogen werden und eine Rückbaubarkeit gesichert sein.
- Gewerbeflächen wollen wir nachhaltig bewirtschaften. Wir wollen einen Kreislauf schaffen, der systematisch die wiederholte, intensivierete und nachhaltige Nutzung von Gewerbeflächen vorbereitet und umsetzt. Teil dieser Strategie ist unter anderem eine weiterhin starke Akquise von Fördermitteln auf allen Ebenen für die Brachflächensanierung. Dafür erwarten wir Unterstützung von Land und Bund.
- Wir wollen die Bauqualität in Bochum weiter nach vorne bringen. Mit der Gestaltungssatzung für die Innenstadt, den Denkmalsbereichssatzungen und Gestaltungsrichtlinien bei besonderen Bauprojekten sind wir auf einem sehr guten Weg.
- Aber auch die Bauqualität außerhalb des Geltungsbereichs von Bebauungsplänen ist uns ein wichtiges Anliegen. Diese soll weiterhin durch unabhängige Dritte objektiv beurteilt und sichergestellt werden.
- Wir wollen Anreize schaffen für ökologisch wertvoll bepflanzte Vorgärten, Dach- und Fassadenbegrünung, wo sie nicht bereits durch Bebauungspläne vorgeschrieben sind und dies durch Bau- und Gestaltungsberatung von der Verwaltung begleiten lassen.
- Bäume, die wegen eines Bauprojekts nicht erhalten werden können, sind erst in der letzten Fällperiode vor dem tatsächlichen Baubeginn zu fällen. Es soll geprüft werden, ob eine frühzeitige Fällung von Bäumen sanktioniert werden kann.
- Die bestehenden Fernwärmenetze werden laufend sinnvoll ergänzt und es werden Kapazitäten für den Anschluss neuer Energieabnehmer*innen in deren Einzugsgebieten geschaffen.
- In den vergangenen Jahren ist ein unerfreulicher Zuwachs von Wettbüros zu verzeichnen, dem in vielen Kommunen im Umkreis bereits mit der Einführung einer Wettbürosteuer begegnet wird. Dies führt zu einer zusätzlichen Verschiebung von Nachbarkommunen nach Bochum. Diesen Entwicklungen werden SPD und Grüne aktiv entgegenzutreten und kurzfristig ebenfalls eine Wettbürosteuer einführen.

Klima, Umwelt und Natur

Das vereinbarte 1,5-Grad-Ziel der Vereinten Nationen und der im Rat ausgerufene Klimanotstand bilden den Handlungsrahmen für rot-grünen Klimaschutz in Bochum. SPD und Grüne haben parallel begonnen, mit politischen Initiativen, etwa im Kanalbau oder mit der Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung, den Folgen des Klimawandels (Hitzeinseln, Überflutungen durch Starkregen etc.) entgegenzuwirken. Diesen Weg wollen wir weiterverfolgen und folgende Ziele umsetzen.

- Wir setzen uns das Ziel, dass Bochum bis 2035 klimaneutrale Stadt wird. Zur Beurteilung werden wir gegebenenfalls die Berechnungsmethoden des Regionalverbands Ruhr (derzeit in der Erarbeitung) verwenden.
- Wir erstellen einen „Klimaplan“, der das bisherige Klimaschutz- sowie das Klimaanpassungskonzept der Stadt systematisch zusammenführt und die Bemühungen zum Klimaschutz durch stetige Evaluierung konsequent weiter fortsetzt.
- Die Stadtwerke Bochum stehen im Zentrum der Bochumer Energiewende. Bis 2022 soll der Anteil erneuerbarer Energien am Strommix auf 75 Prozent steigen. SPD und Grüne werden darauf hinwirken, dass die Stadtwerke einen Plan entwickeln, diesen Anteil so schnell wie möglich auf 100 Prozent zu steigern. SPD und Grüne sind sich dabei einig, dass die Stadt Bochum die Stadtwerke als wirtschaftlich gesundes und robustes Unternehmen dringend benötigt.
- Die im Solardachkataster des RVR als geeignet eingestuft öffentlichen Gebäude sollen mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden. Um Bürger*innen stärker an der Energiewende zu beteiligen sollen die Stadtwerke ihre Beratung zum sogenannten Energie-Contracting ausbauen.
- Große Potenziale sehen SPD und Grüne bei der regenerativen Erzeugung von Wärme durch Solarthermie, Geothermie, Aquathermie und Abwärme. Die Koalition wird entsprechende Ansätze unterstützen. Ein Ziel sollen klimaneutrale Quartiere sein.
- Bochum soll weiter eine treibende Kraft des Projekts „Klimaresiliente Region mit internationaler Strahlkraft“ im Rahmen der Ruhrkonferenz sein.
- Wir wollen, dass die Stadt Bochum, gegebenenfalls gemeinsam mit den Stadtwerken, die Anzahl der Trinkwasserspender und-brunnen erhöht. Begonnen werden soll damit in Hitzeinseln.
- SPD und Grüne setzen sich für die Erarbeitung und Umsetzung einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie anhand der 17 Globalen Nachhaltigkeitsziele ein. Diese soll durch einen umfassenden Nachhaltigkeitsbericht, auch der Beteiligungsgesellschaften, stetig evaluiert werden. Dabei legen wir auch Wert auf die Fortsetzung der Zertifizierung Bochums als FairTrade-Stadt.
- Grünzüge, Landschaftsschutz- und Naturschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen werden grundsätzlich von der Bebauung freigehalten. Auf Grundlage

des Versiegelungskatasters soll es stadtweit ab 2030, möglichst früher, keine Neuversiegelung mehr ohne gleichwertige Entsiegelung geben.

- Die Kampagne „Bochum blüht und summt“ sowie das Blühstreifenprogramm werden wir zum Erhalt der biologischen Vielfalt fortsetzen.
- SPD und Grüne werden die Mittel für die naturverträgliche Entwicklung und Pflege von Grün- und Parkanlagen anheben. Die Stadt Bochum wird den Natur- und Klimapark Springorum fertig planen und mit der Umsetzung beginnen.
- Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, das aufzeigt, wie in Bochum auf den Einsatz von Pestiziden auf allen städtischen Flächen komplett verzichtet werden kann. Die landwirtschaftlichen Flächen in städtischer Hand sollen mittelfristig ausschließlich nach ökologischen Kriterien bewirtschaftet werden.
- SPD und Grüne setzen sich für die Ausweisung neuer Naturschutzgebiete und die Erweiterung bestehender Naturschutzgebiete ein. Im Fokus stehen hierbei das Naturschutzgebiet Ruhrsteilhänge in Sundern und das Naturschutzgebiet Kalwes. Die Pflege- und Entwicklungspläne aller Naturschutzgebiete sollen systematisch erarbeitet und zügig umgesetzt werden.
- SPD und Grüne verständigen sich auf eine neue Baumschutzsatzung mit dem Ziel, die Anzahl der zu fällenden Bäume zu verringern und einen höheren Wertausgleich für alle zu fällenden Bäume festzulegen. Besonders große Bäume sollen besser geschützt werden, indem bei unumgänglichen Fällungen eine Kompensation stattfindet, die einen größeren Stammumfang sowie eine höhere Anzahl bei neu zu pflanzenden Bäumen vorsieht. Sollen große Bäume aufgrund geplanter Baumaßnahmen gefällt werden, ist vor Erteilen einer Fällgenehmigung zu prüfen, ob durch Änderung von Planungen ihr Erhalt möglich ist.
- In den kommenden fünf Jahren wollen wir jedes Jahr durchschnittlich mindestens 1.000 neue Bäume pflanzen. In diesem Zusammenhang muss der Rückstand bei der Bepflanzung verwaister Baumscheiben und die Ergänzung lückenhafter Baumreihen und Alleen zügig abgearbeitet werden.
- In den kommenden Jahren wollen wir eine großzügige neue Waldfläche in Bochum anlegen.
- Die Anlage eines Teichs in der Nähe des Bahnhofs Wattenscheid wird konkret geprüft und soll nach Möglichkeit bis zum Ende der Wahlperiode umgesetzt werden.
- Derzeit nutzen 4.500 Haushalte in Bochum die Biotonne. Um das Potenzial der Bioabfälle für die Energieerzeugung optimal zu nutzen, sollen die Stadtwerke eine Machbarkeitsstudie für die Errichtung einer Vergärungsanlage auf Bochumer Stadtgebiet erstellen. Dabei wird auch der verpflichtende Einsatz der Biotonne geprüft. Die Ergebnisse der Studie werden im Kontext der Mitgliedschaft der Stadt Bochum im Ekocity-Verbund bewertet.
- Das Eventmanagement von Großveranstaltungen und in Stadien wird nachhaltig und frei von Einwegplastik durchgeführt. Die Stadt Bochum wird einen Runden Tisch zur Müllvermeidung initiieren.

- Das Bochumer Tierheim soll mit mindestens einem Euro je Einwohner*in und Jahr weiter gefördert werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass keine industriellen Stallanlagen in der freien Landschaft genehmigt werden. Tierhaltungsanlagen in Gewerbegebieten werden ausgeschlossen.

Mobilität

SPD und Grüne haben bereits wesentliche Leitplanken für die Mobilität der Zukunft installiert. Im Mittelpunkt steht das Leitbild Mobilität: „Umweltbewusst mobil in Bochum – zuverlässig, bezahlbar und vernetzt“ sowie das neue Radverkehrskonzept. Die im Leitbild dargelegten Ziele sehen SPD und Grüne weiterhin als wichtige Orientierung für die anstehenden Entscheidungen in Sachen nachhaltige Mobilität. Das gilt besonders für den Vorrang des Umweltverbundes sowie die Sicherheitsstrategie Vision Zero, deren Ziel es ist keine Toten und Schwerverletzten im Verkehr zu haben.

- Wir streben ein integriertes Radwegenetz an. Bestehende Lücken im Netz müssen schnellstmöglich geschlossen werden.
- SPD und Grüne streben an, in Planung und Realisierung 100 Kilometer neue Radwege bis zum Jahr 2025 zu schaffen. Viele Beschlüsse und Planungen dazu haben wir schon initiiert oder sie befinden sich bereits in der Umsetzungsphase. Wir wollen aber das Radwegenetz noch alltagstauglicher gestalten und ausbauen.
- An allen Radial- und Hauptstraßen sollen dazu abgesetzte Radwege oder aufmarkierte Radfahrstreifen angelegt werden. Die noch nicht sanierten Cityeinfahrstraßen sollen bis 2025 so gestaltet werden, dass sie mit Auto, ÖPNV, Rad und auch zu Fuß sicher, zügig und komfortabel genutzt werden können. Daneben gilt es auch, den Innenstadtring anzugehen, um jedem Verkehrsmittel den sicheren Raum zu geben, der benötigt wird. Bochums Innenstadt innerhalb des Rings soll autoarm gestaltet werden. Wir werden prüfen, wo verstärkt Radverkehr unterwegs oder zu erwarten ist und auf Grundlage dessen Fahrradstraßen einrichten. In Bochum sollen in Zukunft mindestens 20 Euro pro Einwohner*in in den Radverkehr investiert werden.
- SPD und Grüne streben an, eine Infrastrukturgesellschaft zu gründen, die sich mit der Planung, Realisierung und Inbetriebnahme von Infrastrukturprojekten im Bereich Straßen- und Radwegebau sowie mit dem ÖPNV-Ausbau beschäftigt. Wir erhoffen uns hierdurch eine konzentriertere Umsetzung von Maßnahmen und die umfassende Ausschöpfung von Fördermitteln. Ein Konzept zur Ausgestaltung und Gründung soll dem Rat noch in 2021 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

- Viele Menschen nutzen unterschiedliche Verkehrsmittel. SPD und Grüne setzen sich dafür ein, allen Verkehrsteilnehmer*innen ein gefahrenfreies Vorankommen in der Stadt zu ermöglichen und wenn notwendig dazu auch Verkehrsflächen umzuverteilen. Wir streben daher unter anderem die zügige Umsetzung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes sowie die Evaluierung der Parkgebührenordnung an.
- Grundsätzlich ist eine klare bauliche Trennung von Geh- und Radwegen bei Neuanlagen und auch in Grünanlagen (Grummer Teiche, Hofsteder Bach etc.) vorzusehen. Die besonderen Anforderungen an die Sicherheit von Zufußgehenden und Radfahrer*innen sind grundsätzlich besonders zu beachten.
- SPD und Grüne setzen sich für die Installation von Mobilstationen ein; sie bieten Ladetechnik für E-Mobile, Sharingangebote, sichere Abstellplätze für Fahrräder oder Elektro-Roller, sie haben Anschluss an übergeordnete Straßen und sind mit Bus und Bahn gut erreichbar.
- Wir treten dafür ein, das ÖPNV-Angebot in Bochum noch attraktiver zu machen: Ein dichteres Liniennetz, bessere Anschlüsse und kürzere Taktzeiten müssen auch über Stadtgrenzen hinaus (in Planung befindliches Schnellbussystem) funktionieren. SPD und Grüne setzen sich insbesondere für den Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs ein. Der Ausbau der Linien 308/318 nach Cöppencastrop soll dabei vorrangig angegangen werden. Für den Ausbau der 309/310 zum August-Bebel-Platz soll eine Bedarfs-, Kosten- und Nutzenanalyse erstellt werden. Ein Konzept zur Entlastung der Campus-Linie U35 steht bei uns weiter im Fokus. Die Installierung von Ringbuslinien soll geprüft werden. Der Ausbau der barrierefreien Haltestellen muss weiter vorangetrieben werden. Darüber hinaus werden wir die Stadtverwaltung beauftragen, Vorschläge für ein bedarfsgerechtes Netz an Nachtverkehren auch unter der Woche vorzulegen.
- SPD und Grüne streben Verbesserungen bei den Ticket-Preisen im VRR an, ganz besonders ein 365-Euro-Ticket, ein Familienticket und kostenlose Tickets für Schüler*innen, Auszubildende und Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr. Wegen der immensen finanziellen Herausforderung werden sich SPD und Grüne, Stadtverwaltung und Bogestra auf allen Ebenen – VRR, Land und Bund – für eine ausreichende Gegenfinanzierung einsetzen.
- SPD und Grüne setzen sich für die Stärkung des Nahverkehrs im Ruhrgebiet ein. Die Stadt Bochum soll sich deshalb an der Synchronisation der Nahverkehrspläne bis zum 31. Dezember 2023 beteiligen.
- Um die E-Mobilität in Bochum weiter voranzutreiben, forcieren SPD und Grüne den Ausbau und die Förderung der Ladeinfrastruktur durch die Stadtwerke. Wir setzen dabei auf 100% Ökostrom und transparente Zahlung per Kartenterminal oder Handy-App. Beim städtischen Fuhrpark sowie den Fahrzeugen der Bogestra verfolgen SPD und Grüne weiter das Ziel die Flotten mit alternativen Antriebstechnologien auszustatten.
- Bei der Bewältigung vieler Probleme unseres städtischen Verkehrssystems können digitale Lösungen helfen. SPD und Grüne setzen sich daher dafür ein,

die Digitalisierung im Verkehrsbereich auszubauen. Gestärkt werden sollen unter anderem multimodale Planungs- und Routingangebote sowie Echtzeit-Verkehrsinformationen für Individual- und öffentlichen Verkehr. Zudem streben wir die Re-Organisation der innerstädtischen Logistik durch so genannte Micro-Hubs und die Verteilung auf der „letzten Meile“ mit Lastenrädern an.

- Wir werden uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass Bochum Bestandteil des IC- und ICE-Netzes bleibt und weiterhin durch enge Taktung in das europäische Fernverkehrsnetz integriert wird.
- In weiten Teilen des Stadtgebietes, und ganz besonders in den Wohngebieten, gilt bereits heute Tempo 30. SPD und Grüne streben eine Ausweitung von Tempo 30 in der Stadt an. Alle rechtlichen Möglichkeiten sollen dazu ausgeschöpft werden. SPD und Grüne werden ganz besonders im Zusammenhang mit der bereits angestoßenen Neukonzeption des so genannten Vorbehaltsstraßen-Netzes auf Verbesserungen für Anwohner*innen achten und Verschlechterungen vermeiden.
- Die Umgestaltung von Kreuzungen zu Kreisverkehren werden wir fortsetzen und notwendige Instandsetzungen von Straßen und Brücken durchführen.

Wohnen und Quartiere

Die ausreichende Versorgung der Bochumer*innen mit Wohnraum sehen wir als zentrale Aufgabe unserer Politik. Ein entspannter Wohnungsmarkt, auf dem alle - entsprechend ihrer finanziellen Möglichkeiten und ihrer Lebenssituation - den für sie geeigneten Wohnraum finden, ist für uns Kernpunkt einer sozialen Stadt. Wir wollen, dass auch Neubürger*innen, die dank unserer erfolgreichen Ansiedlungspolitik in Bochum einen Arbeitsplatz gefunden haben, nach Bochum ziehen können.

Ziel unserer Wohnungsbaupolitik sind gemischte und stabile Quartiere mit einer Mischung von frei finanziertem Mietwohnungsbau, Wohneigentum und öffentlich geförderten Wohnungen. Dabei streben wir eine soziale Durchmischung an.

SPD und Grüne setzen sich für einen nachhaltigen Wohnungsbau ein, der sich an wissenschaftlich fundierten Bedarfen orientiert.

- SPD und Grüne setzen sich für eine nachhaltige Bodenpolitik ein. Die Koalition wird das Planungsrecht nutzen, um dichter zu bauen, bestehende Baulücken zu schließen und Gebäude aufzustocken. Dies soll jedoch unter Berücksichtigung von bestehenden Grünflächen, dem Wohnumfeld, Grünschnitten und offenen Wasserläufen erfolgen.
- Neue Wohnungsbauvorhaben sind in erster Linie auf bereits vorgemerkten Flächen umzusetzen. Innenentwicklungsmaßnahmen wie dichtere Bebauung, Schließung von Baulücken und Aufstocken von Gebäuden haben Priorität. Ebenso muss - aus Gründen des Klimaschutzes (graue Energie) - die Entscheidung zwischen Modernisierung auf der einen und Abriss und Neubau auf der

anderen Seite einer sorgfältigen Abwägung unterzogen werden. Eine Neuanspruchnahme von unversiegelten Flächen ist auf ein Minimum zu beschränken, um so auch den Schutz von gewachsenen wertvollen Böden Rechnung zu tragen.

- Zweckentfremdung von Wohnraum soll nur dort Anwendung finden, wo dies unbedingt notwendig und erforderlich ist. Die Prüfung auf Erlass einer Zweckentfremdungssatzung wird im Zusammenhang mit der Evaluierung des Handlungskonzeptes Wohnen durchgeführt. Dabei sind Rahmenbedingungen und lokale Gegebenheiten zu berücksichtigen.
- SPD und Grüne wollen für mehr geförderten Wohnungsbau sowie mehr genossenschaftliche und gemeinwohlorientierte Projekte sorgen. Ziel unserer Wohnungsbaupolitik sind Quartiere mit einer gesunden sozialen Mischung. Die Quotierungsregelung - 20 Prozent geförderter Wohnungsbau auf privaten und 30 Prozent auf städtischen Flächen bei neu zu planenden Wohnbauflächen - ist dafür ein gutes Instrument. Im Zuge der Evaluierung des Handlungskonzeptes Wohnen streben wir eine Quotenerhöhung an. Es sollte auch geprüft werden, ob Belegungsrechte langfristiger gesichert werden können.
- Unter anderem lässt ein knapper Bestand an Wohnraum die Mieten steigen. Die größten Probleme, eine Wohnung zu finden, haben daher vor allem diejenigen, die keine großen finanziellen Spielräume haben, wie z. B. Familien mit geringem oder keinem eigenen Einkommen, Alleinerziehende und besonders hilfsbedürftige Menschen wie psychisch Kranke oder Wohnungslose oder Geflüchtete, die noch in Übergangseinrichtungen leben. Diesen Personenkreis wollen wir besonders unterstützen.
- Auch Studierende und Auszubildende sind auf kostengünstigen Wohnraum angewiesen. Hier bieten sich der Bau und die Modernisierung von entsprechenden Wohnunterkünften an.
- Die Evaluation des Handlungskonzeptes Wohnen ist schnellstmöglich anzugehen, so dass Ergebnisse spätestens 2022 vorliegen und eine Neuformulierung des gesamtstädtischen Ausbauziels unter Berücksichtigung aktueller Studien zur Bevölkerungsentwicklung und zum Wohnungsbau vorgenommen werden kann. Bestehende Beschlüsse zum Handlungskonzept Wohnen behalten bis dahin Bestand.
- Wir wollen Stadtteilzentren und Quartiere stärken und eine aktive und vorausschauende Quartiersentwicklung betreiben. Dabei werden Bewohner*innen, Gewerbetreibende und Investoren von einem Quartiersmanagement unterstützt, das hilft, vorhandene Strukturen zu stärken und die Lebensqualität in den Stadtteilen zu heben. In „guten Stuben“ wollen wir ebenfalls diese Quartiersentwicklung konkret verorten und Räume und Möglichkeiten zur Vernetzung der Akteure schaffen und weiterentwickeln. Wenn möglich sollen vorhandene Gebäude genutzt werden.
- Wir sehen die Bochumer Märkte als wesentlichen Bestandteil der Quartiere an und setzen uns für ihre Attraktivierung ein. Die Wochenmärkte stellen für uns ein wichtiges Angebot der Nahversorgung dar.
- Elemente attraktiver, lebendiger Quartiere sind für uns u.a. grüne und schattige Aufenthaltsorte mit (Trink-)Brunnen, Spiel- und Sitzgelegenheiten, barrierefrei,

kinder- und seniorengerecht, ebenso Mobilitätskonzepte mit Quartiersgaragen, Sharing-Angeboten (Car- und Bikesharing), E-Ladeinfrastruktur und Zustellstationen sowie Micro-Hubs.

- Der Beirat für Gestaltung und Baukultur (Gestaltungsbeirat) als unabhängige Beratungsinstanz für eine qualitätsvolle Architektur in Bochum wird beibehalten. Wir erwarten von einem Gestaltungsbeirat, dass von ihm Anregungen für eine öffentliche Diskussion zur Baukultur und Architektur ausgehen und diese transparent gemacht werden, seine Empfehlungen und die Umsetzung durch die Investoren für den Planungsausschuss aufbereitet werden und er sich mit Vorhaben von besonderer städtebaulicher Relevanz befasst.

Sicherheit und Ordnung

- Zu einer Stadt für alle gehört es, dass sich dort alle Menschen sicher fühlen und ohne Angst vor Kriminalität leben können. Für Sicherheit sorgen Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz, Rettungsdienste und Hilfsorganisationen jeden Tag mit hohem persönlichem Einsatz. Sie verdienen unseren Respekt. Mit der Koalition von SPD und Grünen wird die Stadt Bochum ihnen auch in Zukunft als eine gute, verlässliche Partnerin beim Thema Sicherheit zur Seite stehen. Wir stellen uns entschieden dagegen, Menschen mit Alkohol- oder anderen Drogenproblemen, Wohnungslose oder Bettler*innen auszugrenzen. Auch sie haben das Recht, sich frei in Bochum zu bewegen. Wir wollen, dass alle Menschen öffentliche Räume nutzen dürfen und stellen uns gegen die Privatisierung solcher Orte. Menschen werden aber Opfer von Kriminalität oder fürchten sich vor Gewalt. Wir werden die Betroffenen nicht aus dem Blick verlieren und alles daransetzen, die Sicherheit in unserer Stadt zu verbessern.
- Alle in Bochum lebenden Menschen müssen sich an bestehende Gesetze halten – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Wir stellen uns entschieden gegen Kriminalität und Extremismus, egal ob er von Nazis, Grauen Wölfen oder Islamisten ausgeht.
- SPD und Grüne halten an der erfolgreichen Ordnungspartnerschaft von Polizei, Ordnungsamt und anderen städtischen Stellen fest. Sie soll auch in den Stadtteilen stärker verankert werden.
- Die Stadt Bochum investiert in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken seit einigen Jahren erheblich in die Erneuerung der (Straßen-)Beleuchtung. SPD und Grüne wollen diese Investitionen fortsetzen, ausweiten und systematischer gestalten. Mit einem „Masterplan Licht und Sauberkeit“ sollen identifizierte Angsträume beseitigt und zum Beispiel vernachlässigte (Fuß-)Wege hergerichtet werden.

- SPD und Grüne setzen sich dafür ein, dass die infrastrukturellen Voraussetzungen der Arbeit der Berufs- und der freiwilligen Feuerwehr bedarfsgerecht verbessert werden. Wir wollen prüfen, wie die Berufe im Feuerwehr- und Rettungsdienst attraktiver gestaltet werden können.
- Auch in den nächsten fünf Jahren werden SPD und Grüne die Handlungsfähigkeit des Ordnungsdienstes weiter stärken und ihn darum mit noch mehr Personal ausstatten. Zusätzlich werden wir mit einer Citywache einen zentralen Anlaufpunkt für den Kommunalen Ordnungsdienst in der Innenstadt schaffen. Dieser dient der Koordination der Einsätze im Schichtbetrieb (Leitstelle), als Anlaufpunkt für Bürger*innen, als zentraler Besprechungsort für innerstädtische Großveranstaltungen und als Treffpunkt zur Intensivierung der Ordnungspartnerschaft.
- SPD und Grüne treten für ein konsequenteres Vorgehen gegen Rad- und Gehwegparken ein. Deshalb sollen Ordnungskräfte auch auf dem Fahrrad fahrend Kontrollfahrten unternehmen.
- SPD und Grüne werden sich auf Landesebene weiter dafür einsetzen, dass der Polizei in unserer Stadt ausreichend Personal zur Verfügung steht. Wir werden uns gegen jeden Versuch wehren, die Polizeipräsenz zu verringern. An einigen Stellen ist eher eine höhere Polizeipräsenz erforderlich.
- Wir werden die Ergebnisse des Sicherheits-Audits für die Wattenscheider Innenstadt ernst nehmen, die Empfehlungen umsetzen und auf andere Stadtteile übertragen.
- SPD und Grüne wollen den jährlichen „Stadtputz“ fortsetzen.
- Das „BürgerEcho“ (Mängelmelder) soll kontinuierlich weiterentwickelt werden. Bereits heute können sich die Nutzer*innen – wenn gewünscht – über den Bearbeitungsstand informieren lassen. Diese Funktion soll komfortabler und transparenter gestaltet werden.
- Video-Überwachung kann dort, wo sie nachweislich notwendig ist, zur Sicherheit und Aufklärung von Straftaten beitragen. Dies gilt besonders im gesamten Bereich des Verkehrs (ÖPNV, SPNV, Bahnhöfe und -haltepunkte mit ihren Gleis- und Tunnelanlagen, Mobilitätsstationen etc.).

Bürgerbeteiligung

Eine Beteiligungskultur funktioniert dann, wenn sich möglichst viele Menschen mit ihren Erfahrungen, Kenntnissen und Fähigkeiten einbringen. Wir bauen deshalb die Bürgerbeteiligung aus und suchen den Meinungsaustausch mit allen Bürgerinnen und Bürgern. Wir wollen dabei viele Menschen erreichen, um ein möglichst repräsentatives Meinungsbild aus Pro und Contra zu erfahren, das unsere Entscheidungsgrundlagen stärkt.

- SPD und Grüne werden einen verbindlichen Rahmen für den kontinuierlichen Dialog zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft schaffen. Wir wollen Leitlinien für die kommunale Bürgerbeteiligung entwickeln, in die sich bereits bestehende Formate wie Bürgerkonferenzen oder Akteurstreffen einfügen.
- Mit einem „Akteursforum Stadtentwicklung“ wollen wir mehrfach im Jahr Dialogveranstaltungen durchführen lassen, die Bürgerinnen und Bürgern, Bürgerinitiativen und Initiativverbänden eine regelmäßige Plattform zur Einbringung in Planungsprozesse gibt.
- Wir wollen nicht nur Planungsvorhaben im Bereich Bauen in Beteiligungsformaten beraten, sondern auch andere Planungen, z.B. die Spielleitplanung oder die Kulturentwicklungsplanung.
- SPD und Grüne setzen sich dafür ein, eine standortbezogene interaktive Vorhabenliste anzubieten, die Maßnahmen beschreibt und aus der sich Projektzeiten, Beteiligungsangebote und Ergebnisse und Beschlüsse ablesen lassen.

Soziale Teilhabe

Sozialpolitik heißt für uns: Wir engagieren uns für eine Stadt für alle. Wir wollen eine Stadt, die niemanden ausgrenzt, die nicht spaltet, sondern allen Bürger*innen ermöglicht, gleichberechtigt am städtischen Geschehen teilzuhaben - unabhängig von der sozialen Herkunft, von Behinderung, Alter oder Geschlecht. Ohne Zusammenhalt gibt es keine soziale Stadt.

- Mit dem Ausbau der Straßensozialarbeit, neuen Räumlichkeiten für Tagesaufenthalt, Beratungsstelle und medizinische Hilfe für wohnungs- und obdachlose Menschen sowie der Unterkunft für wohnungslose Frauen sind bereits wichtige Verbesserungen umgesetzt. Das neue Konzept zur „Obdach- und Wohnungslosenhilfe“ - Weiterentwicklung und Neuausrichtung“ führt alte und neue Hilfeangebote sinnvoll zusammen. Dazu gehören präventive Hilfen (Wohnraumsicherung; Abwendung von Zwangsräumungen; Beratungsstellen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten); niederschwellige Hilfen (Aufenthalts- und Übernachtungsangebote – auch speziell für Jugendliche, Streetwork); Unterbringung und Wohnen (Wohnungsvermittlung; Ambulant betreutes und stationäres Wohnen) sowie neue Ansätze mit Fallmanagement, neue Verantwortlichkeiten in der Stadtverwaltung und neue Unterbringungs- und Betreuungskonzepte. All diese Maßnahmen werden wir politisch eng begleiten. Für eine Umsetzung des Konzeptes ist eine zentrale Fachstelle unerlässlich, die das Gesamtangebot an Hilfen von der Prävention bis hin zur akuten Hilfestellung koordiniert und aufeinander abstimmt.
- Die unterschiedlichen Lebensumstände und Betreuungsformen von Wohnungslosen und Geflüchteten machen eine getrennte Unterbringung erforderlich. Gemischte Unterbringungen, wie sie zurzeit noch bestehen, lehnen wir ab.

- Mit den städtischen Zuwendungen fördert und unterstützt die Stadt Träger der Wohlfahrtspflege, Verbände und gemeinnützige Vereine und Selbsthilfegruppen, die im Sozial- und Gesundheitsbereich wertvolle Arbeit für die Stadtgesellschaft leisten. Sie tun das zum Teil, indem sie Pflichtaufgaben der Stadt übernehmen, aber auch auf freiwilliger Basis mit hohem ehrenamtlichem Engagement.
- Diese Beratungs- und Hilfeangebote für hilfebedürftige Menschen sind für uns unverzichtbar und werden daher auch weiterhin finanziell bezuschusst. Steigende Sach- und Personalkosten, aber auch notwendige und begründete Ausweitungen des Tätigkeitsbereiches werden wir auch in Zukunft bei der Höhe der Zuwendungen berücksichtigen.
- Die Sozialberichterstattung der Stadt enthält alle wesentlichen Daten zur sozialen Lage der Menschen in unserer Stadt. Ein Spezialbericht der Gesundheitsberichterstattung widmet sich dem Zusammenhang von Armut und Gesundheit. Der zuletzt erschienene Sozialbericht enthielt einen Schwerpunkt zum Thema Armut. Armut trifft die Menschen in verschiedenen Lebensabschnitten auf ganz unterschiedliche Weise mit vielfältigen Folgen. Wir werden weiterhin die Defizite, die der Sozialbericht aufdeckt, konsequent analysieren und abbauen. Unser besonderes Augenmerk legen wir dabei auf soziale Defizite, die das Leben der Kinder betreffen.
- Die Bochumer Ehrenamtsagentur ist das wichtigste Instrument, um ehrenamtliche Arbeit in Bochum zu stärken. Sie leistet wertvolle Arbeit, wenn es darum geht, diejenigen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, gezielt mit denen zu vermitteln, die Hilfe brauchen. Die Anerkennung durch die Ehrenamtskarte wird von hier aus organisiert. Zusätzlich zu dieser Anerkennung und zur alljährlichen Ehrung einzelner ehrenamtlich tätiger Menschen durch den Oberbürgermeister wollen wir für besondere Leistungen einen Ehrenamtspreis ausloben.
- Leider ist häusliche Gewalt immer noch alltäglich. Das Referat für Gleichstellung, Familie und Inklusion der Stadt Bochum hat hier eine Reihe von Initiativen auf den Weg gebracht, um dem Thema mehr Öffentlichkeit zu verschaffen und ein Netzwerk aufzubauen. Ganz im Sinne des Gesetzes zu dem Übereinkommen des Europarats vom 11.05.2011 (Istanbul Konvention), das darauf abzielt „Frauen vor allen Formen der Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhüten, zu verfolgen und zu beseitigen“ müssen wir auch auf kommunaler Ebene einen Aktionsplan „Gewaltschutz“ entwickeln. Wir werden diese Arbeit – insbesondere durch eine Koordinierungsstelle - fördern.
- Die erschreckenden Enthüllungen von Kindesmissbrauch der schlimmsten Art in jüngster Vergangenheit werden wir zum Anlass nehmen, die bestehenden Angebote an Hilfen und Prävention zu überprüfen. Gemeinsam mit den Beratungsstellen zum sexuellen Missbrauch muss untersucht werden, wie Prävention und frühzeitiges Erkennen noch breiter angelegt werden können. Wir wollen sicherstellen, dass alle Einrichtungen, die von Kindern bzw. Jugendlichen besucht werden, über Schutzkonzepte gegen sexuellen Missbrauch verfügen.
- Der Neubau des Bochumer Frauenhauses ist wichtig, aber damit ist nicht das gravierende Problem fehlender Plätze gelöst. Wir erwarten von Bund und Land ein höheres Engagement. Wir werden es nicht hinnehmen, dass Frauen, die

vor Gewalt fliehen, abgewiesen und vertröstet werden müssen. Wir setzen uns für mehr Frauenhaus-Plätze ein, zum Schutz der Frauen - und oft genug auch ihrer mit betroffenen Kinder.

- SPD und Grüne verurteilen Alltagsdiskriminierung in jeglicher Art. Wir wollen prüfen, ob diese durch die Schaffung einer unabhängigen Antidiskriminierungsstelle abgebaut werden kann.

Gesundheit

Nicht erst im Zuge der Corona-Pandemie ist deutlich geworden, dass dem Gesundheitsamt eine immer wichtigere Aufgabe, nicht nur bei der Bewältigung von Krisensituationen, sondern vor allem auch in der Gesundheitsprävention, zukommt. SPD und Grüne werden daher eine personelle und finanzielle Verstärkung sicherstellen, auch unter Inanspruchnahme der im „Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst“ angekündigten Bundesmittel. Dabei werden wir berücksichtigen, dass die personelle Verstärkung auch davon abhängig sein wird, dass die Bezahlung des ärztlichen Personals an die in den übrigen Bereichen des Gesundheitswesens angeglichen wird.

- Als Grundlage für die zukünftige kommunale Gesundheitspolitik muss der Fachplan Gesundheit zügig fertiggestellt werden. Die Erkenntnisse aus dem ISEK „Gesundes Wattenscheid“ für eine integrierte sozialraumorientierte Gesundheitsförderung werden ebenso in den Fachplan einfließen wie die Erfahrungen aus dem Pilotprojekt Place Standard Tool - „StadtRaumMonitor“ in Hamme über die Auswirkungen von Veränderungen im Quartier auf die gesundheitliche Lage. Gesundheitliche Prävention wird dabei eine viel stärkere Rolle spielen als heute.
- Auf dieser Basis wollen wir eine umfassende gesundheitliche Aufklärung sicherstellen; die Erreichbarkeit von gesundheitsfördernden Angeboten leichtmachen, z. B. nach dem Vorbild der Gesundheitskioske und gezielt gegensteuern, wo der Zusammenhang von Armut und gesundheitlicher Lage deutlich wird. Wir wollen Ideen entwickeln für eine sozialgerechte und nachhaltige Ernährungsstrategie für Bochum, die zum Beispiel die Gesundheitskompetenz von Schüler*innen stärkt und eine gesunde Ernährung in Schulen in den Blick nimmt.
- Gesundheitspolitisch werden wir auch ein besonderes Augenmerk auf die steigende Zahl der psychisch erkrankten Menschen legen. Der neu aufgelegte Psychiatriebericht beschreibt ausführlich die aktuelle Versorgungslage in Bochum. Unser Ziel ist es, die Fakten auszuwerten und in einem neu zu erstellenden Psychiatrie-Fachplan konkrete Gesundheitsziele zu formulieren. Wir wollen eine gute psychiatrische, psychotherapeutische und psychosoziale Versorgung in Bochum sicherstellen, die der Vielschichtigkeit der unterschiedlichen Krankheitsbilder gerecht wird.
- Den Ausbau des Zentrums für sexuelle Gesundheit und Medizin WiR (Walk In Ruhr) werden wir weiter unterstützen. Ein wichtiger Schritt dazu ist die neue Gesundheitsberatungsstelle für Präventionsarbeit und Beratung. Kennzeichen des Zentrums ist die intensive Kooperation vieler Institutionen und die Netzwerkarbeit, die hiermit gestärkt wird. Auch für die Beratung und Behandlung von Sexarbeiter*innen ist das WiR eine wichtige Anlaufstelle; auch diese Aufgaben sind finanziell abzusichern.

- Es wird für betroffene Frauen immer schwieriger, bei ungewollter Schwangerschaft in Bochum einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen. Die ohnehin für sie äußerst belastende Entscheidungssituation wird dadurch noch weiter verschärft. In Zusammenarbeit von Gesundheitsamt, Pro Familia, den Ärzt*innen vor Ort und den Krankenhäusern wollen wir Wege finden, wie die medizinische Versorgungssituation verbessert werden kann und ein Schwangerschaftsabbruch in Bochum und Umgebung möglich bleibt.
- Die gesundheitliche und soziale Situation drogenabhängiger Menschen ist ein großes Problem. Suchtprävention und Suchthilfe für Drogen-, Medikamenten- oder Alkoholabhängige Menschen sehen wir als zentrale soziale Aufgabe. Insbesondere auch Kindern in suchtbelasteten Familien müssen wir mehr Aufmerksamkeit widmen und gemeinsam in Zusammenarbeit von Jugendamt und Krisenhilfe für ihren Schutz sorgen.
- Mit der Beratungs-, Betreuungs- und Präventionsarbeit sowie der Suchtkrankenbetreuung ist ein gutes Netz an Hilfsangeboten gespannt. Insbesondere für das wachsende Aufgabenfeld der Krisenhilfe mit den niedrigschwelligen Angeboten und der Methadonambulanz werden wir die personelle Ausstattung sicherstellen.

Um auch für die Zukunft die vielfältigen Aufgaben der Suchthilfe und Methadonambulanz erledigen zu können, benötigt die Krisenhilfe dringend neue Räumlichkeiten. Die heutigen Standortbedingungen werden dem nicht gerecht. Wir werden daher die Bemühungen um einen neuen innerstädtischen Standort intensiv fortsetzen.

- Beim Cannabis-Konsum sprechen wir uns gegen die bisherige Verbotspolitik der Bundesregierung aus. Wir wollen ein Konzept zur legalen kontrollierten Abgabe erarbeiten und als Modellprojekt beim Bundesministerium anmelden. In einigen Bundesländern gibt es so genannte Drug-Checking Stellen, wo Drogenabhängige die Zusammensetzung ihrer Drogen analysieren lassen können. Sie können Drogenabhängige vor dem Konsum gesundheitlich bedenklicher Substanzen warnen und möglicherweise vor schweren Gesundheitsschäden schützen. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie für Bochum eine solche Teststelle ermöglicht.
- Für Menschen ohne Krankenversicherung wollen wir einen schnellen Zugang zur gesundheitlichen Regelversorgung ermöglichen.

Kinder und Jugendliche

Bochum ist in einem stetigen Wandel, den wir begleiten wollen und können - das haben wir bewiesen. Seit etwa 10 Jahren profitieren wir von Zuzug und steigenden Geburtenraten. Viele Familien mit Kindern wählen Bochum gerne als Heimat. Deswegen ist es uns wichtig, einen Fokus unserer Politik auf Kinder und Jugendliche zu legen. Sie sind unsere Zukunft und sie müssen wir im Blick haben. Egal, ob die Kinder des jungen Akademikerpaares oder die Kinder, die nach Deutschland geflohen sind und nun in Bochum Schutz suchen. Egal welches Geschlecht. Egal ob Einser-Schüler*in am Gymnasium oder Schüler*in mit Förderbedarf. Wir wollen ein Bochum der Chancengerechtigkeit. Ein Bochum für alle.

- Chancengerechtigkeit beginnt schon vor der Geburt. SPD und Grüne halten an den Frühen Hilfen fest und werden sie stadtteilbezogen weiter ausbauen. Wir treten dafür ein, in den Stadtbezirken zu lokalen Foren einzuladen, um Netzwerke für Prävention, Bildung und Teilhabe zu initiieren. Dazu wollen wir alle einladen, die Angebote für Kinder und Jugendliche bereithalten: Kitas, Schulen, Jugendeinrichtungen, Sportvereine, Träger der kulturellen Bildung und andere. Durch eine bessere Vernetzung der vielfältigen Angebote wollen wir für alle Kinder und Jugendlichen die bestmöglichen Entwicklungs- und Lebenschancen. Dieses Ziel muss auch auf gesamtstädtischer Ebene in den Blick genommen werden. Deshalb treten SPD und Grüne dafür ein, überfachliche Diskussionen in den zuständigen Ausschüssen für Jugend, Bildung, Soziales und Sport zu führen.
- In den vergangenen Jahren wurde in Bochum das Landesprojekt „Kommunale Präventionskette“ gestaltet. SPD und Grüne stehen für eine Weiterentwicklung der kommunalen Präventionskette. Jedes Kind in Bochum soll passgenaue Unterstützungsangebote erhalten. SPD und Grüne wollen Familien befähigen, mit professioneller Unterstützung Lösungen für Erziehungsprobleme zu entwickeln. Das Konzept des Bochumer Jugendamts zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch und Gewalt gilt seit Jahren landesweit als vorbildlich. Dieses muss kontinuierlich weiterentwickelt werden.
- SPD und Grüne wollen die präventive Arbeit weiter stärken. Dazu gehören die Kita-Sozialarbeit und die Schulsozialarbeit. Sie helfen Problemlagen in den Familien frühzeitig zu erkennen und gezielte Hilfsmaßnahmen einzuleiten. Die Schulsozialarbeiter*innen leisten in Bochum eine wichtige und nachhaltige Arbeit. Auch gegenüber dem Land treten wir dafür ein, dass diese fortgeführt und ausgeweitet wird. Wichtig ist, dass die Schulsozialarbeiter*innen nicht nur schulintern, sondern auch in das soziale Umfeld wirken können.
- SPD und Grüne begrüßen die Einrichtung des Familienbüros der Stadt Bochum und treten für eine Ausweitung des Beratungsangebotes sowie der Öffnungszeiten ein. Die Koalition setzt sich für einen weiteren Ausbau der familienfreundlichen Angebote wie zum Beispiel Still- und Wickelräume im Stadtgebiet ein und steht für einen Ausbau der Bereitstellung von Informationen zu Hilfsangeboten in einfacher Sprache, in mehrsprachiger Übersetzung sowie in Gebärdensprache.
- SPD und Grüne wollen die Inanspruchnahme von Bildungs- und Teilhabeleistungen ausbauen. Um möglichst allen von Armut betroffenen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu diesen Leistungen zu ermöglichen, prüfen wir die Einführung einer Scheckkarte, mit der alle Leistungen unbürokratisch beantragt und abgerechnet werden können.
- Alte und starre Familienmodelle werden oder sind bereits längst abgelöst. Familien wollen oder können nicht mehr auf nur eine*n Alleinverdiener*in setzen. Meistens müssen beide Elternteile arbeiten und die Betreuung der Kinder muss

anderweitig sichergestellt werden. Aus diesem Grund strebt die Koalition mehr Plätze in der Kindertagesbetreuung, dem Offenen Ganztage und der Pädagogischen Übermittagsbetreuung an. SPD und Grüne haben zum Ziel, bis 2025 Betreuungsplätze für 50% der Unter-Dreijährigen zu schaffen. Dabei soll das Verhältnis von Kindertagesbetreuung zur Tagespflege zu Gunsten der Betreuung in Kitas verbessert werden.

- SPD und Grüne wollen langfristig mehr männliche Jugendliche für eine Ausbildung im sozialen Bereich gewinnen. Dazu wird die Koalition die Durchführung eines aufsuchenden Projekts „Soziale Jungs“ initiieren. In diesem Projekt werden männliche Jugendliche bei ihren ersten längeren praktischen Erfahrungen mit der Arbeit in der Kita oder in der Pflege begleitet.
- Die Lebenssituationen der Menschen in Bochum ändern sich ständig. Dazu gehört auch, dass die Arbeitswelt oft stärkere Flexibilität der Arbeitnehmer*innen fordert. Das betrifft natürlich auch Eltern. Um diese nach Möglichkeit zu entlasten und zu unterstützen, strebt die Koalition pro Stadtbezirk mindestens zwei flexible Kindertageseinrichtungen mit verlängerten Öffnungszeiten an.
- Die Spielleitplanung war und ist ein hervorragendes Instrument, um die Spielplätze an den tatsächlichen Bedarf der Bochumer Kinder auszurichten. Die Koalition möchte die Spielleitplanung aktualisieren und fortschreiben. Niemand soll ausgeschlossen werden. Doch Kindern mit Behinderung bleibt oft ein Ort verwehrt, den andere Kinder abseits von Kita oder Schule oft und gerne besuchen: der Spielplatz. SPD und Grüne haben das Ziel, dass in jedem Stadtbezirk ein inklusiver Spielplatz entstehen soll.
- Wir möchten auch, dass Bochum eine beispielbare Stadt wird. Dazu müssen die Bolz- und Kinderspielplätze kontinuierlich so gepflegt werden, dass sie gern genutzt werden. Gleichzeitig geht es darum, Kindern einen Lebensraum anzubieten, der unabhängig von klassischen Spielplätzen ihren wahren Wünschen und Bedürfnissen entspricht. Dazu bedarf es Phantasie und oft nur geringer Mittel, um mehr Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten in den Stadtteilen und in der Innenstadt anzubieten. Impulse dazu können auch die Jugendforen geben.
- Spielplätze stehen nur Kindern bis zum 14. Lebensjahr zur Verfügung. Jugendlichen fehlt daher oft ein ortsnaher Platz, auf dem sie sich aufhalten können. SPD und Grüne haben das Ziel, in Bochum mehr Jugendplätze einzurichten. Da die Interessen der Jugendlichen ständig im Wandel sind und ein beliebter Treffpunkt schon nach wenigen Jahren verwaisten kann, soll in den Jugendforen gemeinsam mit den Jugendlichen ein zielgruppen- und bedarfsorientiertes Angebot entstehen.
- Die Meinung der Jugendlichen in Bochum ist der Koalition wichtig. Deswegen soll ihre Partizipation ausgebaut werden. SPD und Grüne werden sich dafür einsetzen, dass in jedem Stadtteil künftig alle zwei Jahre ein Jugendforum durchgeführt wird. Außerdem sollen die Schulen bei der Jugendbefragung einbezogen werden, um noch mehr Jugendliche zu erreichen und dadurch besser und detaillierter die Wünsche der Jugendlichen abbilden zu können.

- Aus den Erkenntnissen des Wattenscheider Sicherheitsaudits lässt sich ableiten, dass an einigen Stellen in Bochum bedarfsgerechte Angebote für Kinder und Jugendliche fehlen. Die Koalition wird sich dafür einsetzen, dass bei der Aufstellung des neuen Jugendförderplans 2021 – 2025 bestehende Versorgungslücken geschlossen werden. Wir sehen in der Innenstadt den Bedarf für ein ständiges Angebot für Jugendliche, insbesondere queere Jugendliche sollen dort Schutzräume und Beratung finden.
- Mobilität gehört zur Teilhabe. Kurzfristig setzen sich SPD und Grüne dafür ein, dass Kindern und Jugendlichen kostenfreie Fahrten zu Ferienpassangeboten ermöglicht werden.

Bildung

Bochum ist und bleibt eine familienfreundliche Großstadt, in der niemand abgehängt werden soll. Das gilt auch und insbesondere für die Bildung. Eine gute schulische Ausbildung legt den Grundstein für eine erfolgreiche Zukunft und ermöglicht Chancengleichheit. SPD und Grüne werden den Prozess anstoßen, um Bochums Bildungslandschaft noch gerechter zu gestalten. So zahlen wir auch direkt in die Zukunft Bochums als Wissenschaftsstadt ein.

- Wir wollen in Bochum ein breit gefächertes Bildungsangebot sicherstellen, in dem Eltern zwischen den verschiedenen Schulformen wählen können. Ein pädagogisch leistungsfähiges Schulsystem muss bedarfsgerecht aufgestellt sein. Deshalb setzen sich SPD und Grüne für eine Fortschreibung der bestehenden Schulentwicklungsplanung für den Bereich der Grundschulen und der Schulen der Sekundarstufe I und II ein. Wir werden der vor allem in Wattenscheid bestehenden Unterversorgung mit Gesamtschulplätzen begegnen und einen Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer neuen Gesamtschule in Wattenscheid treffen. Damit kann die Planung rechtzeitig auf den Weg gebracht werden, so dass mit dem Bau möglichst noch vor 2025 begonnen werden kann. Die Zügigkeiten bei den bestehenden großen Gesamtschulen wollen wir perspektivisch verringern, um zu sinnvolleren Größen zu kommen. Dies soll ebenfalls in der neuen Schulentwicklungsplanung berücksichtigt werden. Eine Schulentwicklungsplanung für den Bereich der Berufskollegs wollen wir erstmalig auf den Weg bringen.
- Ungleiches muss auch ungleich behandelt werden, davon ist die Koalition überzeugt. Nur so kann Chancengleichheit sichergestellt werden. Deswegen sollen kommunale Mittel für Schulen nach Maßgabe der Sozialberichterstattung eingesetzt werden. Mittelfristig streben wir eine umfassende Bildungsberichterstattung an.
- Schulen müssen gut ausgestattet sein. Die Kosten kann und darf die Stadt nicht alleine tragen. SPD und Grüne fordern das Land NRW auf, das Projekt „Gute Schule“ fortzusetzen.

- Es hat sich schon vieles verbessert, aber an Bochums Schulen muss noch viel geschehen. Unter anderem wird die Koalition die Sanierung der naturwissenschaftlichen Räume weiter vorantreiben. Dazu gehört auch, dass die nötige Ausstattung und die Sammlungen erneuert werden, um einen zeitgemäßen Unterricht zu ermöglichen.
- Wir haben im Rahmen der Digitalisierung der Schulen in 2019 einen Medienentwicklungsplan aufgestellt, jetzt gilt es, diesen auch umzusetzen. SPD und Grüne werden diesen Prozess kritisch und konstruktiv begleiten, damit unsere Schulen für das moderne Lernen gerüstet sind.
- Viele Eltern wünschen sich für ihre Kinder einen Betreuungsplatz im Offenen Ganztage, deshalb haben SPD und Grüne in den vergangenen Jahren das OGS-Angebot stetig ausgebaut. Aber es fehlen immer noch viele Plätze. Die Koalition hat sich das Ziel gesetzt, zu mehr OGS-Plätzen in Bochum beizutragen. Doch trotz des Mangels geht es der Koalition um pädagogische Prinzipien und nicht um das billigste Angebot.
- Der rhythmisierte Ganztage an Grundschulen richtet Unterricht und Betreuung an den Kindern aus und wird bereits gut angenommen. Die Koalition setzt sich für eine Ausweitung dieses Konzeptes an den Bochumer Grundschulen ein.
- Schulen bieten nicht nur Nahrung für den Geist, sondern auch für den Körper. Gleiches gilt für Kitas. SPD und Grüne setzen sich auf allen Ebenen dafür ein, dass in jeder Kita und Schule alle Kinder ein gesundes und bezahlbares Mittagessen mit Bio-Nahrungsmitteln erhalten, davon sollte mindestens eines vegetarisch sein bei gleichem Preis. So wird auch geänderten Essgewohnheiten Rechnung getragen. Das gesunde Essen in der Schule darf nicht mehr kosten als die Pizza oder der Döner um die Ecke.
- Wir setzen uns für ein kostenloses Schüler*innenticket in NRW für alle Schülerinnen und Schüler ein, auch wenn sie aufgrund einer zu geringen Entfernung keinen Anspruch auf ein Schokoticket haben.
- Politik soll nicht über Köpfe hinweg gemacht werden – das ist ein Anliegen der Koalition. Deswegen wünschen wir uns gewählte Schülervertreter*innen als Mitglieder im Ausschuss für Schule und Bildung und im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.
- SPD und Grüne werden das an den Schulen bereits etablierte Programm „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ unterstützen. Wir fordern weitere kontinuierlich angelegte Förderprogramme, um Mobbing, Gewalt, Hass, Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung an Schulen effektiv zu bekämpfen. Schulen müssen Orte der Verständigung und der Demokratieförderung sein.
- SPD und Grüne setzen sich für eine Erwachsenenbildung in kommunaler Verantwortung ein. Deshalb begrüßen wir die Planungen für das sogenannte „Haus des Wissens“ und werden den Umsetzungsprozess konstruktiv begleiten. Weiterbildung muss in Bochum für alle Menschen möglich sein. Im Zweiten Bildungsweg sichern zum Beispiel die VHS und das Weiterbildungskolleg gezielte Angebote zur zweiten Chance auf einen allgemeinbildenden Schulabschluss.

- Die Berufliche Weiterbildung muss angesichts der sozialen und ökologischen Transformation und der Digitalisierung und den damit einhergehenden Veränderungen der Arbeitswelt einen hohen Stellenwert bekommen. Die digitale Transformation erfasst heute alle Lebensbereiche. Diese Entwicklung droht besonders ältere Menschen und Geringqualifizierte abzuhängen. Die kommunalen Weiterbildungseinrichtungen müssen es allen ermöglichen, an der digitalen Welt teilzuhaben.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Bochumer*innen einfacher das für sie passende Bildungsangebot finden können. Hierfür müssen die Anbieter*innen im Bereich der Erwachsenenbildung stärker als bisher miteinander und im regionalen Bildungsnetz kooperieren. Die kommunale Weiterbildungsberatungsstelle hat hier eine besondere Aufgabe
- Für viele Menschen ist der Zugang zum lebensbegleitenden Lernen erschwert, weil ihnen zum Beispiel sprachliche oder finanzielle Voraussetzungen fehlen oder wegen zu geringer Vorbildung. Hier muss vor allem die Volkshochschule mit ihrem Angebot zur Grundbildung und zum zweiten Bildungsweg neue Wege eröffnen. Weiterbildung ist ein wichtiger Bestandteil für eine gelingende Integration für alle Bochumer Bürger*innen. Insbesondere die allgemeinen Deutschkurse, Integrationskurse sowie die berufsbezogene Sprachförderung der Volkshochschule halten SPD und Grüne für die Integration zugewanderter Menschen weiterhin für unverzichtbar.
- Um unsere Demokratie zu stärken, wollen SPD und Grüne einen Akzent in der politischen Bildung setzen. Auch das Trendthema Gesundheit sollte im Programm der Volkshochschule noch mehr Berücksichtigung finden.

Leben im Alter

Mit unserem Ratsbeschluss zum „Leben im Alter: Gut, sicher und in Gemeinschaft“ haben wir unsere Vorstellungen für eine moderne Senioren- und Generationenpolitik formuliert. Kernpunkt ist die Teilhabe der älteren Generation am gesellschaftlichen Leben. Das setzt zum Beispiel voraus, dass der öffentliche Nahverkehr so ausgestattet ist, dass ältere Menschen ihn uneingeschränkt nutzen können oder dass es genügend barrierefreie Wohnungen gibt, die ein langes Leben in der gewohnten Umgebung ermöglichen. Auch Gesundheitsvorsorge muss speziell auf die Bedürfnisse der älteren Menschen eingehen. Nähe und Nachbarschaft sind entscheidend für das Leben im Quartier, sie organisieren sich heute aber leider nicht mehr von allein. Deshalb setzen wir stadtentwicklungspolitisch auf Quartiersentwicklung mit attraktiven Aufenthaltsflächen und einer guten Nahversorgung – insbesondere bei neuen Wohngebieten. Aber auch sozialpolitisch wollen wir das Leben im Quartier so gestalten, dass es zum Begegnungsraum für Jung und Alt wird.

- Die sechs Seniorenbüros und ihre Verzweigungen in die Stadtteile hinein leisten hier hervorragende Arbeit. Wir wollen sie so ausstatten, dass sie ihre Aktivitäten noch weiter dezentralisieren können. Wo immer sich im Stadtgebiet Quartierssozialarbeit entwickelt, werden wir dies unterstützen, wie zum Beispiel

in Grumme oder Hofstede. Dazu brauchen wir Orte als generationen-zusammenführende Treffpunkte, aber auch Netzwerke von ehrenamtlicher Zusammenarbeit.

- Die „Integrierten Stadtentwicklungskonzepte“ setzen seit jeher auf den Gedanken der Nachbarschaft im Quartier. Deshalb kommt es darauf an, diese Konzepte auch sozialpolitisch eng zu begleiten, d. h. Quartiersarbeit dort aufbauen und dauerhaft festigen.
- Die Seniorenbüros sind Ausgangspunkt für breit angelegte dezentrale ehrenamtliche Netzwerke. Über das Ehrenamt hinaus brauchen wir verstärkt aufsuchende Sozialarbeit, um alte Menschen vor Vereinsamung zu schützen. Vereinsamung geht hier oft genug mit mangelnder gesundheitlicher Versorgung einher. Deshalb wollen wir prüfen lassen, wie sich ein stadtteilbezogener Einsatz von Pflegekräften- ähnlich dem früheren Modell der „Gemeindeschwestern“ - auch im Sinne aufsuchender Pflegearbeit umsetzen lässt.
- Im höheren Alter sind die Menschen stärker darauf angewiesen, dass es Kulturveranstaltungen, Sport- und andere Freizeitangebote gibt, die ihre Möglichkeiten, ihre Mobilität und ihre Interessen berücksichtigen. Solche Angebote, die sich gezielt an ältere Menschen richten, wollen wir unterstützen.
- Wir wollen für eine gute Versorgungsstruktur für pflegebedürftige Menschen sorgen. Zunehmend müssen wir uns aber auch aus kommunaler Sicht mit der „Nachwuchskräfte-sicherung in der Pflege“ auseinandersetzen. Mit der entsprechenden Kernaktivität in der Bochum Strategie wollen wir die kommunalen Möglichkeiten nutzen, um mehr junge Menschen für den Pflegeberuf zu interessieren. Grundlage dafür ist das bereits beschlossene Konzept care4future. Ziel ist es, mit einem gut aufgestellten Netzwerk den Pflegeberuf innerhalb der Bochumer Bildungslandschaft stärker zu gewichten. Darüber hinaus sollen im Rahmen der Berufsorientierung bei der Vermittlung von Praktika im Pflegebereich - nach dem Vorbild des Projektes „Soziale Jungs“ - gezielt Jungen angesprochen werden. Auch das Sprach- und Qualifizierungszentrum für Zugewanderte (Quaz) sollte in der Entwicklung beruflicher Perspektiven noch stärker die Pflegeberufe berücksichtigen. Außerdem lassen sich die Programme des sozialen Arbeitsmarktes auch gezielt zur Gewinnung von Pflegekräften nutzen.
- Darüber hinaus werden wir lokale Konzepte entwickeln, wie pflegende Angehörige entlastet und besser unterstützt werden können. Pflegende Angehörige übernehmen einen großen Teil der pflegerischen Versorgung in unserem Land. Bochum soll sich dabei an dem Landesprojekt der „angehörigenbewussten Kommune“ orientieren.
- Im Rahmen der Pflegeplanung werden wir verstärkt darauf achten, dass die besonderen Bedürfnisse von Senior*innen mit Einwanderungsgeschichte Beachtung finden. Mit einer kultursensiblen Altenhilfe und Altenpflege werden wir den Zugang zu den Pflegeeinrichtungen, aber auch zu den Angeboten und Aktivitäten der Seniorenbüros für Senior*innen mit Einwanderungsgeschichte und ihren Angehörigen erleichtern.
- Die Konferenz für Alter und Pflege organisiert die Kooperation aller in der Stadt, die im Pflegebereich tätig sind. Initiativen und Diskussionen der Konferenz zur pflegerischen Versorgung und Vernetzungsstrukturen sollen enger mit der Arbeit und mit den Themen des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

verzahnt werden, damit die als nötig erkannten Maßnahmen zügig in die Wege geleitet werden können.

- Wir übernehmen seit längerer Zeit Verantwortung für kommunale Altenpflege. Wir stehen auch in Zukunft zur Senioreneinrichtungen Bochum gGmbH (SBO).

Flucht, Migration und Integration

Für Bochumer*innen mit Migrationsgeschichte und auch für jüngst zugewanderte Menschen werden wir weiterhin unsere Bemühungen um Integration uneingeschränkt fortsetzen. In vielen Bereichen erleben Menschen mit Migrationsgeschichte immer noch Benachteiligungen, die nicht zu akzeptieren sind. Dabei geht es um schlechtere Schulabschlüsse, um Diskriminierungen bei der Wohnungssuche. Dabei geht es auch um die Personalauswahl in der Stadtverwaltung. Das demnächst vorliegende neue Integrationskonzept sehen wir als fachübergreifendes verbindliches Handlungskonzept für die gesamte Verwaltung und die politischen Gremien.

Für eine erfolgreiche Integration der in Bochum lebenden Geflüchteten sind die Betreuung und Beschulung der Kinder, eine gute Unterbringung möglichst in Wohnungen und Beschäftigungsmöglichkeiten die wichtigsten Voraussetzungen. In all diesen Bereichen müssen Hilfestellungen durch Fachpersonal gesichert sein. Dabei wollen wir einen angemessenen Betreuungsschlüssel sicherstellen und für den Einzelfall auch eine intensivere Betreuung ermöglichen.

- Bochum hat im Rahmen der Landesinitiative „Endlich ein Zuhause“ 2019 das Projekt „Shelter“ gestartet, mit dem Ziel der gezielten Akquise von Wohnraum für Wohnungslose und der anschließenden Begleitung im Alltag. Zur Zielgruppe gehören auch geflüchtete Menschen. Die Erfahrungen aus dem Projekt müssen nach Auslaufen der Förderung (Ende 2020) ausgewertet und ggf. durch eine Fortsetzung gesichert werden.
- Für die berufliche Integration sind sowohl der Integration Point des Jobcenters als auch das Sprach- und Qualifizierungszentrum für Zugewanderte (Quaz) unverzichtbare Einrichtungen, die erhalten bleiben müssen.
- Die über die Stadt verteilten Flüchtlingsbüros „INES“ (Integration, Netzwerkarbeit, Ehrenamt im Stadtteil) sind wichtige Anlaufstellen für Geflüchtete, aber auch für die Bürger*innen im Stadtteil, die Fragen zur Integrationsarbeit haben. Sie koordinieren ehrenamtliches Engagement, helfen in konkreten Einzelfällen, bauen Netzwerke auf, helfen bei Nachbarschaftskonflikten u.v.a.m. Ihre Arbeit werden wir weiter unterstützen.
- Um Integration im Sinne von Chancengleichheit und Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe zugewandelter Bürger*innen kümmert sich das Kommunale Integrationszentrum. Wir wollen diese Arbeit unterstützen und ergänzen durch die Einführung eines/einer Integrationsbeauftragten. Mit dieser Stelle wollen wir dem Querschnittscharakter von Integration besser gerecht werden.
- Damit der neu gewählte Integrationsausschuss seinem Auftrag und seinem Anspruch gerecht werden kann, darf er nicht auf spezifische Integrationsthemen reduziert werden, sondern muss an der Beratung aller grundlegenden Planungen beteiligt werden, von der Schulentwicklungsplanung über Integrierte Stadtentwicklungskonzepte bis zur Pflegeplanung.

- Migrantenselbstorganisationen fördern mit ihren vielen niedrigschwelligen Bildungs- und Freizeitangeboten die Integration. Solche Angebote und Projekte werden wir weiterhin bezuschussen, ganz besonders solche, die sich an Frauen und Mädchen mit Migrationsgeschichte wenden.
- Einzelhändler*innen mit Migrationshintergrund bereichern die Stadt mit ihren Läden und ihrem Angebot. Wir wollen die Potenziale der migrantischen Ökonomie für die Stadt nutzen und sie insbesondere in der Innenstadt im Rahmen des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes fördern und mitgestalten.
- Mehrere Hundert - dem Gesetz nach ausreisepflichtige - Menschen leben auf der Basis einer Duldung seit mehr als fünf Jahren in Bochum. Dieser Zustand ist für die betroffenen Menschen eine große Belastung. Es liegt aber auch im Interesse der Stadt, den Status dieser so genannten Langzeitgeduldeten zu klären und möglichst in ein Bleiberecht zu überführen.

Wir erwarten, dass das Ausländerbüro alle Möglichkeiten nach dem Aufenthaltsgesetz für die Erteilung eines Daueraufenthaltes ausschöpft und dabei weiterhin jeden Ermessensspielraum zugunsten der Betroffenen nutzt. Wir wollen uns speziell mit der Frage befassen, welche Hindernisse einem Daueraufenthalt im konkreten Einzelfall entgegenstehen. Dafür warten wir zunächst die Lösungsansätze ab, die derzeit eine Arbeitsgruppe aus dem Initiativkreis Flüchtlingsarbeit Bochum gemeinsam mit dem Kommunalen Integrationszentrum und Vertreter*innen der relevanten Fachämter der Stadtverwaltung erarbeitet.

- Im Juli letzten Jahres hat der Rat der Stadt sich ausdrücklich zur Unterstützung der Initiative „Sichere Häfen“ bekannt und Bochum offiziell zum sicheren Hafen für geflüchtete Menschen erklärt. Damit ist Bochum bereit, in Seenot geratene Geflüchtete zusätzlich zur Verteilquote aufzunehmen. Diese Erklärung gilt auch weiterhin. Zusätzlich wollen wir, dass die Stadt die Patenschaft für ein Seenotrettungsschiff übernimmt. Auf der Grundlage des Engagements aus der Bevölkerung legt die Stadt für jeden gespendeten Euro einen weiteren bis zu einer noch festzulegenden Höchstgrenze dazu.

Inklusion

Inklusion verlangt, dass niemand an der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gehindert wird. Das setzt voraus, dass wir bestehende Barrieren, von denen es immer noch viel zu viele gibt, konsequent abbauen.

- Mit den Ratsbeschlüssen „Inklusionsprojekt für Bochum“ und „Inklusion: planen, konkretisieren und umsetzen“ haben wir wesentliche Forderungen formuliert. Dazu gehört der barrierefreie Umbau von öffentlichen Gebäuden, Anlagen und Straßenraum. Auch der Bau barrierefreier-rollstuhlgerechter Wohnungen muss verstärkt werden. Und wir wünschen uns die Herausgabe eines inklusiven Stadtführers.
- Informationen über Dienstleistungen der Stadt sollen in der Regel - ob als Flyer, Broschüre oder im Internet – auch in leichter Sprache angeboten werden. Städtische Videos/Filme müssen Untertitelt sein; städtische Veranstaltungen sollen

in Gebärdensprache begleitet und Veranstaltungsräume entsprechend technisch mit induktiven Höranlagen ausgestattet sein. Die Homepage der Stadt und städtische Online-Dienste sollen weitestgehend barrierefrei sein.

- Mit der Einrichtung der kommunalen Inklusionskonferenz haben wir ein wichtiges Forum geschaffen, in dem sich alle, die sich in der Stadt für Inklusion stark machen, austauschen und vernetzen. Zusätzlich wollen wir die Umsetzung konkreter Maßnahmen mit einer Arbeitsgruppe, die dem Haupt- und Finanzausschuss zuarbeitet, politisch begleiten.
- Das Haus der Begegnung ist zentraler Begegnungsort für Menschen mit und ohne Behinderungen. Den zahlreichen Bochumer Behinderten- und Selbsthilfegruppen stehen hier Räume für Beratungs-, Bildungs- und Freizeitangebote zur Verfügung. Wir setzen uns für den Umzug des Hauses in bessere und für die Vielfalt der Aktivitäten geeignetere Räume ein.

Kunst und Kultur

Bochum bietet Kunst und Kultur für alle und erhöht so die Lebensqualität in unserer Stadt. Für SPD und Grüne ist Kultur untrennbar mit Bildung verknüpft. Bildung und Kultur haben viele Orte: Museen, die Theater, die Volkshochschule, die Musikschule, das Planetarium zum Beispiel, und manchmal auch die Straße. Starke kommunale Einrichtungen wie das Schauspielhaus oder die Symphoniker und eine verlässliche Förderung von privaten Initiativen (die so genannte freie Szene) sorgen für eine lebendige, innovative Kultur in unserer Stadt. In der Corona-Krise hat sich die Kultur in Bochum trotz existenzbedrohender Lage bisher robust und innovativ gezeigt. Mit dem Kulturentwicklungsprozess haben SPD und Grüne ein offenes Verfahren gestartet, um der Kulturpolitik eine Orientierung zu geben und gleichzeitig Neues zu ermutigen.

- SPD und Grüne streben die Öffnung der kommunalen Einrichtungen (zum Beispiel der städtischen Büchereien oder der VHS) an Sonntagen an. Dazu soll die Stadt – mit Rücksicht auf die personellen und finanziellen Ressourcen – unterschiedliche Konzepte erproben und die konkrete Nachfrage testen. Das kann mit kürzeren, jedoch an den Bedarf angepassten Öffnungszeiten unter der Woche einhergehen.
- Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr sollen Bücherei-Medien kostenlos ausleihen können. Die digitale Ausleihe ist ein zentraler Baustein dieser Strategie. Die Stadt soll dazu die Entgeltordnung im Jahr 2021 überarbeiten. Mit Rücksicht auf die ungewisse finanzielle Entwicklung kann die Abschaffung der Entgelte für Kinder und Jugendliche auch schrittweise erfolgen.
- SPD und Grüne haben die wesentlichen Eckpunkte der Konzeption für das so genannte „Haus des Wissens“ formuliert. Damit setzt Bochum auch ein deutliches Zeichen für die zunehmende Bedeutung des lebensbegleitenden Lernens. SPD und Grüne werden die weiteren Planungen sehr genau verfolgen und gegebenenfalls steuernd eingreifen.

- Die Stadt Bochum, die Kultureinrichtungen und besonders das Kulturbüro haben im Corona-Lockdown unglaublich schnell, kommunikativ und flexibel reagiert, um die Folgen der Krise einzudämmen. Zentrales Instrument war und ist der Bochumer Kulturschirm, der Bundes- und Landesmittel ergänzt. Der Kulturschirm hat zum Beispiel mit seiner Förderung von Stipendien und dem digitalen Schwerpunkt eine explizit auf die Zukunft ausgerichtete Orientierung. Für die Dauer der Pandemie werden SPD und Grüne am Kulturschirm festhalten. Darüber hinaus werden die neu eingeführten Recherche-Stipendien zur Erschließung neuer Ideen und Ansätze verstetigt.
- Die Vorarbeiten für den Kulturentwicklungsprozess sind fast abgeschlossen. SPD und Grüne werden die Ergebnisse und Empfehlungen offen diskutieren und Schlussfolgerungen für die kommenden fünf Jahre der Wahlperiode ziehen. Für die Umsetzung der entwickelten Ideen werden wir uns einsetzen. Folgekonferenzen sollen regelmäßig stattfinden.
- Im Zusammenhang mit dem Kulturentwicklungsprozess werden SPD und Grüne auch über die Förderung von privaten Initiativen („freie Szene“) beraten. Mit der 1-Prozent-Pro-Jahr-Steigerung des Förder-Etats (Bochum-Strategie: „Starke freie Kultur“) und der zweijährigen Förderung hat die Stadt Bochum bereits ein ungewöhnliches Maß an Verlässlichkeit geschaffen. SPD und Grüne wollen diese Verlässlichkeit und Förderung festigen und möglichst ausbauen, um die Überlebensfähigkeit der freien Szene zu garantieren. Dabei bieten Betriebskostenzuschüsse den Akteuren mehr Planungssicherheit.
- SPD und Grüne wollen, dass der öffentliche Raum stärker kulturell genutzt und „bespielbar“ wird, in den Stadtteilen wie auch in der Innenstadt. Die temporäre Nutzung von öffentlichen Räumen / Leerständen im Rahmen der Bochum-Strategie war ein überraschend erfolgreicher Ansatz mit kreativen, spannenden Ergebnissen SPD und Grüne ermutigen Stadt und städtische Töchter (beispielsweise Bochum-Marketing), diesen Ansatz weiterzuverfolgen, aber auch Hürden für Kunst im öffentlichen Raum zu verringern.
- SPD und Grüne wollen in der Innenstadt in den nächsten Jahren einen bislang fehlenden Gedenkort für die Opfer des Nationalsozialismus schaffen. Es gilt die Erinnerung an den Krieg, aber auch an die Zerstörung ziviler Umgangsformen und selbstverständlicher bürgerschaftlicher Solidarität in der NS-Zeit wachzuhalten.
- Kunst und Kultur verändern sich stetig, passen sich der Gesellschaft an, beeinflussen die Gesellschaft oder spiegeln sie wider. Auch in der Kultur wird Digitalisierung zunehmend wichtiger. Die Koalition wird digitale Kunst, aber auch die digitale Infrastruktur der Kunstszene stärken, kommunal fördern aber auch Bundesprogramme anstoßen.
- Die Koalition wird die Finanzierung von Ruhr-International sicherstellen.
- SPD und Grüne prüfen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten die Einrichtung eines Kulturpasses, der analog zum Ferienpass bestehende Angebote bündelt und den Zugang auch für einkommensschwache Zielgruppen erleichtert. SPD und Grüne unterstützen die Vermittlung von Kultur durch die Kooperation von Kultureinrichtungen mit Schulen sowie durch dezentrale Kulturlotsenprojekte.

- Junge Künstler*innen sollen ein größeres Publikum erreichen. SPD und Grüne wollen das RuhrComer-Festival für Schüler*innenbands öffnen.
- SPD und Grüne begrüßen die Erweiterung des Open Space zur Open Space Academy im Rahmen der Bochum Strategie und werden das Projekt konstruktiv begleiten.
- Wir streben Kooperationen der bestehenden Kinder- und Jugendzirkusse an. Wir möchten jungen Artist*innen mit ihren Zirkus-Nachwuchsprojekten eine Chance für ein größeres Publikum geben. In einer Kooperation mit anderen Akteuren wollen wir ein Jugendzirkus-Festival anstoßen.

Sport

Wir denken in Bochum Sport und Bewegung zusammen. Beides soll noch mehr als bisher ein integraler Bestandteil der Stadtentwicklung werden. Passive und aktive Sportler*innen, Individualsport oder Vereinssport, Trendsport und klassische Sportarten oder sogar E-Sport. Bochum ist breit und gut aufgestellt. Das muss so bleiben und wird von uns noch ausgebaut. Bochum ist eine Stadt, die ständig in Bewegung ist.

- SPD und Grüne fordern die zügige Umsetzung der Sportstättenbedarfsplanung Lehrschwimmbecken und Turnhallen. Zudem muss die Sportstättenentwicklungsplanung Fußballsport fortgeführt werden. Das Bäderkonzept muss erstellt und umgesetzt werden. Die Maßnahmen enthalten auch die Sanierung, Ertüchtigung und Modernisierung von Umkleieräumen oder sanitären Einrichtungen. Dabei ist auf eine ökologische, barrierefreie und familienfreundliche Umsetzung sowie auf die Bereitstellung zeitgemäßer Fahrradabstellrichtungen zu achten.
- SPD und Grüne werden sich dafür einsetzen, dass Bochumer Sportvereine die Energieberatung der Stadtwerke Bochum in Anspruch nehmen.
- Immer mehr Bochumer*innen finden Interesse an Trend- und Randsportarten. Das werden SPD und Grüne bei der Sportförderung im Blick haben. Das gilt auch für den E-Sport in Bochum. Sobald die Verwaltung ein Konzept mit den Grundzügen für eine mögliche Förderung des E-Sports in Bochum vorgelegt hat, werden SPD und Grüne eine mögliche Unterstützung prüfen.
- Bei Bau und Unterhaltung von Kunstrasenplätzen wollen SPD und Grüne prüfen, ob durch den Einsatz von Filteranlagen die Gewässerbelastung durch Mikroplastik minimiert werden kann.
- SPD und Grüne werden sich dafür einsetzen, dass in Stadien vermehrt Mehrwegbecher zum Einsatz kommen und zusätzlich fleischlose Imbisse angeboten werden.
- Der Masterplan „Stadt in Bewegung“ soll mit den, von der Koalition in den Haushalt eingestellten Mitteln, in jedem Stadtteil umgesetzt werden. Wo möglich, soll sich die Verwaltung am Pilotprojekt „Hausacker“ orientieren, bei dem auch Nachbarn und Vereine eingebunden wurden und so ein Ort der Bewegung und Begegnung für einen ganzen Stadtteil geschaffen wird.

- Inklusion muss in allen Belangen berücksichtigt werden. Die Koalition setzt sich für die Ausrichtung von Veranstaltungen für Menschen mit Behinderungen ein. Sportanlagen müssen barrierefrei sein.
- Sportvereine leisten einen großen Beitrag zur Integration der Menschen mit Migrationshintergrund. SPD und Grüne wollen Vereine darin unterstützen, indem sie bei Konflikten Moderationen anbieten. Außerdem werden wir uns für eine interkulturelle Aus- und Fortbildung der Trainer*innen, Funktionär*innen und Schiedsrichter*innen einsetzen.
- SPD und Grüne treiben den Ausbau des Lohrheidestadions zum NRW-Leichtathletikstandort weiter voran. Bochum muss wieder eine überregionale Strahlkraft erreichen. Voraussetzung ist hierfür eine auskömmliche Bundes- / Landesförderung. So kann dann auch die Universiade 2025 im Lohrheidestadion stattfinden.
- SPD und Grüne begrüßen die Initiative “Rhein Ruhr City 2032”. Voraussetzung für die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2032 an Rhein und Ruhr ist für die Koalition eine breite Akzeptanz in der Bürgerschaft. Im Rahmen der Diskussion werden SPD und Grüne sich für Nachhaltigkeit und die Nutzung umweltfreundlicher Mobilität stark machen.
- Nach dem Vorbild der Kernaktivität „Schwimm mit“ aus der Bochum Strategie sollen Schulen und Vereine besser zusammenarbeiten. So lassen sich auch die Nachwuchsverluste der Vereine verringern, die durch immer längere Schultage entstehen.
- Der Stadtsportbund ist ein wichtiger sportpolitischer Partner der Stadt und er ist vor allem auch die wichtigste Klammer für die Bochumer Sportvereine. Seine vielseitigen Aktivitäten und vielen neuen Angebote im Seniorensport, für den inklusiven Sport und für die Integrationsarbeit der Vereine werden wir weiter unterstützen.

Organisatorisches

Koalitionsausschuss Fraktion und Partei

Der Koalitionsausschuss Fraktion und Partei wird auf Antrag einer Vertragspartnerin bei Bedarf einberufen, um über Auslegungsfragen des Koalitionsvertrages und eventuell anstehende strittige Fragen zu entscheiden. Der Koalitionsausschuss Fraktion und Partei tritt einmal pro Kalenderjahr zusammen, um die Inhalte des Koalitionsvertrages zu evaluieren. Der Koalitionsausschuss Fraktion und Partei setzt sich aus den Partei- und Fraktionsvorsitzenden und ihren Stellvertreter*innen zusammen. Die Größe des Ausschusses soll vier Mitglieder je Vertragspartnerin nicht überschreiten.

Koalitionsausschuss

Es wird ein Koalitionsausschuss der Fraktionen eingerichtet, der anstehende Entscheidungen vorbereitet. Er setzt sich aus den Fraktionsvorsitzenden und ihren Stellvertreter*innen sowie den Fraktionsgeschäftsführungen zusammen.

Für die Fachausschüsse gibt es im Vorfeld gemeinsame Vorbesprechungen. Alle Entscheidungen im Rat und den Ausschüssen werden gemeinsam getroffen. Falls eine Einigung nicht erzielt werden kann und die Abstimmung vom Koalitionsausschuss nicht freigegeben wird, werden Verwaltungsvorlagen und Oppositionsanträge gemeinsam abgelehnt, Anträge einer Koalitionsfraktion werden nicht weiterverfolgt.

Ratssitzungen

Um die Arbeit im Rat sicherzustellen, gilt eine grundsätzliche Anwesenheitspflicht bei allen Ratssitzungen.

Ausschussarbeit

In die Fachausschüsse werden sachkundige Bürger*innen und ggf. auch sachkundige Einwohner*innen berufen. Bei der Zusammensetzung der Ausschüsse können stellvertretende Ausschussmitglieder in gleicher oder größerer Anzahl wie die Mitglieder gewählt werden. Soweit Rechtsvorschriften nicht eine persönliche Vertretung vorschreiben, sind die Stellvertreter in der durch die Benennung der Fraktionen festgelegten Reihenfolge zur Vertretung befugt.

Entscheidungsbefugnisse der Ausschüsse

Inhalt und Umfang der Entscheidungsbefugnisse der Ausschüsse werden im Zuständigkeitskatalog festgelegt.

Stadtbezirke

Bezirksvertretungen sind ein besonderes Markenzeichen bürgernahe Politik in Bochum. Sie bilden ein wichtiges Scharnier zwischen Bürger*innen, kommunaler Politik und Verwaltung.

- Bürger*innen und bürgerschaftliche Initiativen sollen auch hier zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten erfahren. So sollen digitale Formen der Kommunikation intensiv genutzt werden ohne analoge zu vernachlässigen.
- Bei Maßnahmen von gesamtstädtischer oder allgemeiner Bedeutung, die nicht in die Zuständigkeit der Bezirke fallen, sind diese doch frühzeitig zu informieren. Dies berührt nicht die Entscheidungshoheiten des Rates und seiner Ausschüsse und auch nicht Geschäfte der laufenden Verwaltung.

- Die Ergebnisse von Bürgerbeteiligungen, einschließlich der fachlichen Bewertungen und Begründungen der Verwaltung, sind den Bezirksvertretungen unmittelbar in geeigneter Form zur Auswertung, Meinungsbildung und Entscheidung vorzulegen.

Ausschüsse

Die Ausschüsse des Rates setzen sich wie folgt zusammen:

Bezeichnung des Ausschusses	Mitglieder	Sachkundige Bürgerinnen und Bürger nach § 58 (3) GO NRW	Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner
Haupt- und Finanzausschuss	15	Nein	Nein
Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie (JHA)	15 *)	Nein	lt. Jugendamts-satzung
Umlegungsausschuss	5 **)	Nein	Nein
Ausschuss für Beteiligungen und Controlling	15	Ja	bis zu 3
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	15	Ja	bis zu 9
Ausschuss für Kultur und Tourismus	15	Ja	bis zu 3
Ausschuss für Sport, Bewegung und Freizeit	15	Ja	bis zu 3
Ausschuss für Schule und Bildung	15	Ja	bis zu 6 ***)
Ausschuss für Strukturentwicklung, Digitalisierung und Europa	15	Ja	bis zu 3
Ausschuss für Planung und Grundstücke	15	Ja	bis zu 3
Ausschuss für Mobilität und Infrastruktur	15	Ja	bis zu 3
Ausschuss für Umwelt, Nachhaltigkeit und Ordnung	15	Ja	bis zu 3
Rechnungsprüfungsausschuss	15	Nein	Nein
Wahlprüfungsausschuss	15	Nein	Nein
Betriebsausschuss für die Eigenbetriebe	15 *****)	Ja	4 *****)
Integrationsausschuss	15 *****)	Ja	Nein

- *) 15 stimmberechtigte Mitglieder, davon 9 Ratsmitglieder oder in der Jugendhilfe erfahrene Personen und 6 auf Vorschlag der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe vom Rat gewählte stimmberechtigte Mitglieder.
- ***) 5 stimmberechtigte Mitglieder, davon 2 Ratsmitglieder und 3 Sachverständige.
- ****) plus zwei sachkundige Einwohnerinnen / Einwohner als Pflichtmitglieder ohne Stimmrecht gemäß § 85(2) Schulgesetz NRW.
- *****) 8 direkte gewählte Mitglieder, 7 Ratsmitglieder
- *****) 15 Mitglieder, 4 sachkundige Einwohnerinnen / Einwohner - laut Satzung

Arbeitsgruppen

Es werden folgende beratende Arbeitsgruppen des Haupt- und Finanzausschusses eingerichtet:

Bezeichnung der Arbeitsgruppe	Mitglieder
Arbeitsgruppe „Verwaltungsoptimierung, Personalentwicklung und Sitzungsdienst“	9 Ratsmitglieder
Arbeitsgruppe „Inklusion“	9 Ratsmitglieder

Beiräte

Es werden folgende Beiräte eingerichtet:

Bezeichnung des Beirates	Mitglieder
Beirat für „Frauen, Geschlechtergerechtigkeit und Emanzipation“	11
Beirat für „Leben im Alter“	11
Beirat „Bochum Strategie“	7 Ratsmitglieder
Beirat für „Gestaltung und Baukultur“	4 Ratsmitglieder; 5 externe Berater*innen

Konferenzen

Es werden folgende Konferenzen eingerichtet:

- Gesundheitskonferenz

- Nachhaltigkeitskonferenz
- Flüchtlingskonferenz
- Inklusionskonferenz
- Sozialkonferenz

Vertretung in Organen von Gesellschaften, in Beiräten usw.

Beide Fraktionen sind in allen Organen von Gesellschaften, Beiräten usw. mit mindestens einem Mitglied vertreten. Die Fraktionen gehen ggf. eine Listenverbindung ein.

Falls nur ein Mandat zu vergeben ist, wird versucht, Ausgleichsregelungen zu treffen.

Die Präsidien der Beteiligungen, sofern vorhanden, werden jeweils mit einem Vorsitzenden und zwei Stellvertretern besetzt.

Bürgermeisterin / Bürgermeister

Die Position der Bürgermeisterinnen / Bürgermeister werden in der Reihenfolge der Ergebnisse der Kommunalwahl 2020 besetzt. Die Aufgabenerledigung erfolgt gleichberechtigt.

Bochum, xx. November 2020

Karsten Rudolph

Thea Jacobs

Peter Reinirkens

Hans Bischoff

Martina Schmück-Glock

Barbara Jessel

Burkart Jentsch

Sebastian Pewny